



Sozialdemokratische Europawahlprogramme im Vergleich

Ein Beitrag zur Debatte um ein Grundsatzprogramm für die SPE

JULIA WÜRTZ
Juli 2011

- Während der Europawahlen 2009 war ein Hauptkritikpunkt, dass die sozialdemokratischen Parteien in den Mitgliedstaaten der EU einen traditionell stark national ausgerichteten Wahlkampf führten. Es existierten voneinander unabhängige nationale Wahlprogramme, zwischen denen keine tiefgreifenden Bezüge bestanden. Von einem grenzübergreifenden Wahlkampf war nicht viel zu bemerken.
- Die vorliegende Studie möchte diesem Vorwurf anhand einer eingehenden komparativen Positionsanalyse von acht Wahlprogrammen verschiedener sozialdemokratischer Parteien, die allesamt Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) sind, nachgehen. Sie möchte dadurch Verbindendes und Trennendes zwischen den Parteien hervorheben und so die Diskussion um ein gemeinsames Grundsatzprogramm anreichern.
- Als größter gemeinsamer Nenner der sozialdemokratischen Parteien ist das Themenfeld des sozialen Europas hervorzuheben. Kern der Übereinstimmung bildet ein sozialer Stabilitätspakt, mit dem Sozial- und Bildungsstandards in den Mitgliedstaaten festgelegt werden sollen.
- Auf anderen Feldern zeigen sich dagegen grundlegende Konfliktlinien, etwa in der Gestaltung einer europäischen Wirtschafts- oder Außenpolitik. Hier vertreten viele sozialdemokratische Parteien verstärkt nationale Interessen. Die Debatte um ein gemeinsames Grundsatzprogramm könnte dabei helfen, einen konstruktiven Dialog zwischen den Parteien zu führen, Differenzen richtig zu bewerten und gemeinsame Zukunftsprojekte zu identifizieren.



Inhalt

Vorwort	3
1. Einleitung	4
2. Vergleichende Analyse: Sozialdemokratische Europawahlprogramme im Vergleich (Tabellarische Form)	4
2.1 Wirtschaft und Finanzen	7
2.2 Soziales Europa	13
2.3 EU in der Welt	21
2.4 Bürgerrechte und Migration	29
2.5 Umwelt, Landwirtschaft und Energie	34
3. Analytische Zusammenfassung: Sozialdemokratische Europawahlprogramme im Vergleich	38
3.1 Wirtschaft und Finanzen	38
3.2 Soziales Europa	39
3.3 EU in der Welt	41
3.4 Bürgerrechte und Migration	42
3.5 Umwelt, Landwirtschaft und Energie	43
4. Fazit	44
Abkürzungen	46
Literaturverzeichnis	47

Vorwort

Die Größe der Europäischen Union (EU) und ihre wachsende Bedeutung und Mitsprache in den verschiedensten Politikbereichen der Mitgliedstaaten erlaubt es nicht länger, Fragen zur Zukunft des Staatenverbunds zu tabuisieren, zu ignorieren oder weiterhin auf die Kraft der Integration der kleinen Schritte zu vertrauen. Die Entgrenzung von Herausforderungen und das Entstehen einer globalen Risikogesellschaft erfordern transnationale Antworten der Politik. Dies zeigt sich besonders deutlich in der Finanz-, Wirtschafts- und Währungsunionskrise. Mit ständig neuen Ad-hoc-Maßnahmen ist dieser Krise nicht beizukommen, da sie die Grundfesten europäischer Gemeinschaft und Solidarität berührt. Zu klären ist, was eigentlich die beliebte Forderung nach »mehr Europa« bedeuten soll. Die Bürgerinnen und Bürger Europas verlangen von den politischen Akteuren Auskunft darüber, wohin die Reise geht.

Das in der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) bereits angestoßene Projekt eines gemeinsamen Grundsatprogramms greift das Bedürfnis und die Notwendigkeit einer verbindenden »Erzählung« auf. Dieses Narrativ muss Rücksicht nehmen auf die existierenden Differenzen. Denn für eine europapolitische Strategie der Sozialdemokratie »aus einem Guss« existieren Hürden, die ihre Ursache in den gewachsenen und teilweise divergierenden Strukturen der Mitgliedsparteien und ihrer spezifischen Umgebung haben. Die sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien Europas haben unterschiedliche Profile. Nicht nur ihre Entstehungsgeschichten, Mitgliederstrukturen und Organisationsprinzipien, sondern auch ihre Einbettung in die jeweilige politische Kultur, das Wahlsystem und die öffentlichen Diskurskontexte variieren erheblich.

Mit der vorliegenden Analyse der Wahlprogramme acht sozialdemokratischer Parteien zur Europawahl 2009 leistet **Julia Würtz** einen Beitrag zur Identifizierung von Gemeinsamkeiten und Differenzen innerhalb der Parteifamilie. Der tabellarische Vergleich kann dabei als Nachschlagewerk dienen, die Zusammenfassung liefert wichtige Hinweise für die Aufspannung eines Diskursfelds um gemeinsame sozialdemokratische Werte und Ziele in Europa. Da es sich nicht um eine Gesamterhebung der Positionierungen aller sozialdemokratischer Parteien in der SPE handelt und einzelne Fragmente der Europawahlprogramme durch die aktuelle politische Diskussion bereits

überholt sind, stellt die Analyse einen Baustein für ein größeres, noch unerschlossenes Spektrum dar. Die Analyse ist in Herangehensweise und Ergebnis gleichwohl richtungsweisend für die Arbeit an einer künftigen sozialdemokratischen Europaerzählung.

Diese muss – bei aller Vielfalt von Ansätzen, Situationen und Ansprüchen – einen roten Faden aufweisen, dem alle folgen können, der aber zugleich auf ein ambitioniertes Ziel zuläuft. Dabei besteht die Gefahr, einen bloßen Minimalkompromiss zu formulieren. Das wäre zu wenig. Es muss vielmehr um das anspruchsvolle Projekt gehen, grundsätzliche gemeinsame Überzeugungen und politische Perspektiven zum sozialen und demokratischen Europa der Zukunft zu bündeln. Solch ein europäisches Grundsatzprogramm der Sozialdemokratie wird nur dann überzeugen, wenn es abseits des politischen Tagesgeschäfts entsteht, längerfristige Ziele in den Blick nimmt und Konflikte nicht kaschiert, sondern nationale und parteispezifische Traditionen mit den gemeinsamen Überzeugungen und Grundsätzen austariert.

Für Vorarbeiten zu dem vorliegenden Vergleich sozialdemokratischer Europawahlprogramme dankt die Internationale Politikanalyse Janett Kampf.

Dr. Gero Maaß
Dr. Björn Hacker
Internationale Politikanalyse

1. Einleitung

Ausgangspunkt für die Untersuchung der sozialdemokratischen Europawahlprogramme 2009 ist die Diskussion über ein Grundsatzpapier der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE). Ihren Anfang nahm die Debatte nach der deutlichen Niederlage der europäischen Sozialdemokratie während der Europawahlen 2009, bei denen besonders sozialdemokratische Traditionsländer wie Deutschland, die Niederlande, Schweden und Großbritannien große Verluste hinnehmen mussten. Die sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament (EP) schrumpfte von 215 auf 184 Sitze.

Auf dem SPE-Kongress in Prag im Dezember 2009 wurde auf die Krise der europäischen Sozialdemokratie mit einer Resolution zur Schaffung einer Vision für die fortschrittliche Gesellschaft des 21. Jahrhunderts reagiert. Um eine grundlegende Erneuerung der Politik zu erreichen, leitete die Präsidentschaft der SPE einen Reflexionsprozess ein, an dem die Mitgliedsparteien, ihre Parteiführungen, die Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament (S&D Fraktion) sowie die SPE-Aktivisten beteiligt sind. Am Ende dieses Prozesses soll 2013 ein gemeinsames Grundsatzprogramm beschlossen werden.

Nach zwei Jahren hat dieses ambitionierte Vorhaben nun Halbzeit. Bis heute findet die Diskussion darüber allerdings eher im Hintergrund statt. Sie dringt kaum an die parteipolitische Öffentlichkeit. Auch auf dem letzten SPE-Rat im Dezember 2010 in Warschau fand der Wunsch nach einem gemeinsamen Grundsatzprogramm nur wenig Beachtung. Der Präsident der SPE, Poul Nyrup Rasmussen, erwähnte in seiner Rede zwar den Reflexionsprozess der Partei, nicht aber das Ziel eines gemeinsamen Grundsatzprogramms.

Gerade jetzt gilt es jedoch, diesen Plan nicht aus dem Blick zu verlieren, denn nur vereint wird die Sozialdemokratie in Europa die Chance haben, den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts begegnen zu können. Die Schaffung europäischer Parteien ist darüber hinaus ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer wirklichen Demokratie in Europa.

Während der Europawahlen 2009 war ein Hauptkritikpunkt, dass die sozialdemokratischen Parteien in den Mitgliedstaaten der EU einen traditionell stark national

ausgerichteten Wahlkampf führten. Es existierten voneinander unabhängige nationale Wahlprogramme, zwischen denen keine tiefgreifenden Bezüge bestanden. Obwohl die SPE ein Manifest zu den Europawahlen verabschiedet hatte, war von einem grenzübergreifenden Wahlkampf nicht viel zu bemerken.

Die vorliegende Studie möchte diesem Vorwurf nachgehen. Anhand einer eingehenden Positionsanalyse wurden acht Wahlprogramme unterschiedlicher sozialdemokratischer Parteien, die allesamt Mitglieder der SPE sind, verglichen. In einem ersten Schritt wurden Politikfelder identifiziert und anschließend vergleichend gegenübergestellt. Damit konnten Gemeinsamkeiten und Unterschiede analysiert werden, die Aufschluss über den Stand verbindender und trennender sozialdemokratischer Positionen geben. Die Länder wurden nach voneinander abweichenden Kriterien ausgewählt, um ein möglichst breites Spektrum von Vergleichsfällen abzudecken.

Diese Studie soll als Beitrag für die Diskussion zum Grundsatzprogramm der SPE dienen. Sie schließt sich einer Publikation des Referats *Internationale Politikanalyse* der Friedrich-Ebert-Stiftung vom Dezember 2010 an, die das Thema bereits aus deutscher Perspektive beleuchtet (vgl. Hacker/Maaß 2010). Gleichzeitig kann die tabellarische Form der Darstellung von europapolitischen Positionen verschiedener sozialdemokratischer Parteien auch als Nachschlagewerk in einzelnen Politikfeldern genutzt werden.

2. Vergleichende Analyse: Sozialdemokratische Europawahlprogramme im Vergleich (Tabellarische Form)

Die Untersuchung umfasst eine vergleichende Analyse der Programmatik zu den Europawahlen 2009 von acht Mitgliedsparteien der SPE. Die Darstellung in Form einer tabellarischen Gegenüberstellung zeigt Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der programmatischen Ausrichtung der Parteien auf. Sie bietet Potenzial für die Diskussion über ein gemeinsames Grundsatzprogramm der SPE, indem sie auf zusammenhängende Standpunkte, Eckpunkte und Baustellen hinweist.



Die Auswahl der sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien¹ erfolgte anhand länder- und parteispezifischer Kriterien. Folgende Merkmale waren für die Auswahl eines möglichst breiten Länderspektrums entscheidend:

- Größe des Landes: Es wurden sowohl kleine als auch große Mitgliedstaaten in die Untersuchung einbezogen.
- Länderspezifische Grundstimmung gegenüber der Europäischen Union (EU); Auswahl im Hinblick auf eine eher skeptische oder pro-europäische Ausrichtung.
- Beitrittszeitpunkt zur Europäischen Gemeinschaft (EG): Es wurde darauf geachtet, dass sowohl Länder der sogenannten Gründungsstaaten Teil der Auswahl sind sowie Länder, die im zeitlichen Mittelfeld zwischen 1970

und 2000 der EU beigetreten und solche, die erst im 21. Jahrhundert Mitglied geworden sind.

- Zugehörigkeit zur Eurozone: Es wurden auch Länder berücksichtigt, die nicht der gemeinsamen Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) angehören.

Aus parteispezifischer Sicht war ein entscheidendes Kriterium, dass die jeweilige Partei Mitglied der SPE und nach den Europawahlen 2009 im EP vertreten ist. Es wurde dabei darauf geachtet, dass auf nationaler Ebene sowohl Oppositionsparteien als auch Regierungsparteien repräsentiert sind.

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die getroffene Auswahl²:

Land	Partei	Wahlergebnis Europawahlen 2009	Stimmen im EP (Partei/Land)	Opposition/ Regierung im Land	Nächste Parlamentswahl
Bulgarien (BG)	Bulgarische Sozialistische Partei (BSP: Bălgarska Socialističeska Partija) ³	18,5 %	4/17	Opposition	2013
Deutschland (DE)	Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)	20,8 %	23/99	Opposition	2013
Finnland (FI)	Sozialdemokratische Partei Finnland (SDP: Suomen Sosialidemokraattinen Puolue)	17,5 %	2/13	Regierung (Juniorpartner)	2015
Frankreich (FR)	Parti socialiste (PS)	16,48 %	14/72	Opposition	2012
Irland (IE)	Labour Party (Labour IE)	13,92 %	3/12	Regierung (Juniorpartner)	2016
Luxemburg (LU)	Luxemburger Sozialistische Arbeiterpartei (LSAP: Lëtzebuurger Sozialistesche Arbechterpartei)	19,42 %	1/6	Regierung (Juniorpartner)	2014
Österreich (AT)	Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ)	23,74 %	4/17	Regierung (Hauptpartner)	2013
Vereinigtes Königreich (GB)	Labour Party (Labour UK)	15,31 %	13/72	Opposition	2015

1. In der folgenden Darstellung wird zur sprachlichen Vereinfachung auf den Begriff »sozialistisch« verzichtet und nur der Begriff »sozialdemokratisch« aufgeführt.

2. Die Ergebnisse zu den Europawahlen 2009 wurden der Homepage des EP entnommen: www.europarl.europa.eu/parliament/archive/elections2009/de/new_parliament_de.html (aufgerufen im Juni 2011).

3. Die BSP ist als Teil der »Koalition für Bulgarien« bei den Europawahlen 2009 angetreten. Bei diesem Zusammenschluss handelt es sich um mehrere linke Parteien, die sich um die BSP gruppiert haben. Hier wird nur von der BSP als stärkste Partei dieser Koalition die Rede sein.

Die Auswertung erfolgte auf Basis der jeweiligen Parteiprogramme zu den Europawahlen 2009, welche die Programmatik der einzelnen Parteien abbilden.

Die vergleichende Analyse ergab, dass sich die programmatischen Inhalte der Parteien in fünf Themenbereichen widerspiegeln.⁴ Diesen wurden – der Thematik entsprechend – Unterthemen zugeordnet.⁵ Die Analyse konzentriert sich auf die politischen Forderungen der Parteien. Dabei wird entweder Recht eingefordert oder ein Anspruch geltend gemacht. Zudem beziehen sich die Forderungen auf ein konkretes politisches Handlungsfeld. Politische Zustimmungen, vergangene Errungenschaften der Parteien sowie allgemeine und unbestimmte Forderungen wurden hingegen nicht in die Analyse einbezogen.

Die tabellarische Darstellung bietet die Möglichkeit, die jeweilige Positionierung eines breiten Spektrums von SPE-Mitgliedsparteien zu den einzelnen Themenbereichen nachzuvollziehen. Es zeigen sich übereinstimmende Forderungen zu bestimmten Themen, zugleich werden aber auch länder- oder parteispezifische Unterschiede deutlich.

Der vergleichende Überblick ermöglicht Anknüpfungspunkte in der Debatte über mögliche Konsens- und Konfliktlinien der Sozialdemokratie in Europa.⁶ Natürlich ist dabei zu beachten, dass die Wahlprogramme 2009 nicht mehr in allen Bereichen für die aktuellen Debatten nutzbar sind, da einzelne Fragmente bereits als überholt gelten. Es handelt sich jedoch bei dem Großteil der Forderungen um längerfristige Vorhaben, die auch in den kommenden Jahren noch richtungsweisend für eine sozialdemokratische Politik in Europa sein werden.

4. Die Europawahlprogramme 2009 der Parteien weisen überwiegend die gleichen inhaltlichen Blöcke auf, welche die fünf Themenbereiche widerspiegeln. Eine Ausnahme bildet das Programm der französischen PS, die sich auf soziale, wirtschaftliche und ökologische Fragen in ihrem Programm konzentriert – Themen zu Europa in der Welt und Bürgerrechte werden nur am Rande angeschnitten.

5. Manche Unterthemen weisen eine Überschneidung zu anderen Themenbereichen auf. Diese Überschneidungen basieren zum Beispiel auf einer thematischen Verbindung der Gebiete »Ökologie«, »Wirtschaft« und »Soziales« sowie »Soziales« und »Bürgerrechte«. Wenn der thematische Zusammenhang besonders groß ist, wird in den Tabellen ein entsprechender Verweis gegeben.

6. Bei den Europawahlen 2009 konnten sich die SPE-Mitgliedsparteien das erste Mal auf ein europaweites Wahlprogramm einigen. Einige Mitgliedsparteien haben sich in ihrer Programmatik bereits teilweise darauf bezogen. Die vorliegende Analyse beschäftigt sich jedoch nicht mit einem Vergleich der Wahlprogramme und dem SPE-Wahlmanifest.

2.1 Wirtschaft und Finanzen

2.1.1 Kontrolle von Wirtschafts- und Finanzmärkten

	BSP/Bulgarien	SPD/Deutschland	SDP/Finnland	PS/Frankreich
Kontrolle von Wirtschafts- und Finanzmärkten				
Schaffung und Koordination von Aufsichtsbehörden EU-weit und international		<ul style="list-style-type: none"> + Weiterentwicklung und Stärkung eines europäischen Regelwerks für schlagkräftige Aufsichtsbehörden, insbesondere mit Blick auf die internationalen Banken + demokratische Reformierung und Ausbau des IWF zu einer zentralen Kontroll- und Koordinierungsinstanz, gleichzeitig Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen IWF und FSF zur Entwicklung eines Frühwarnsystems und politischer Handlungsempfehlungen für stabile Finanzmärkte 	<ul style="list-style-type: none"> + Demokratisierung des IWF und Einnahme der Rolle als internationale Finanzmarktaufsicht 	<ul style="list-style-type: none"> + Demokratisierung des IWF und Einnahme der Rolle als internationale Finanzmarktaufsicht
Erhöhung der Transparenz und strengere Anforderungen an Banken, Finanz- und Wirtschaftsunternehmen	<ul style="list-style-type: none"> + neue und bessere EU-Rechtssetzung zur Erhöhung der Eigenkapitalanforderungen 	<ul style="list-style-type: none"> + Weiterentwicklung der EU-Bankenrichtlinie zur Einführung strengerer Anforderungen und Transparenzvorschriften für das Risikomanagement und die Eigenkapitalvorsorge der Banken + Regelung zur Selbsttragung des Kreditrisikos von 20 Prozent bei Weitergabe seitens der Finanzinstitute + Erhalt des dreigliedrigen deutschen Bankensystems als leistungsfähiger und stabilisierender Faktor auf dem Finanzmarkt + Verschärfung der Eigenkapitalanforderungen an Hedgefonds und Private-Equity-Fonds, insgesamt stärkere Kontrolle und Transparenzvorschriften 	<ul style="list-style-type: none"> + Verbot von risikoreichen Finanzspekulationen + Bekämpfung der Korruption durch bessere Kontrolle der Mitgliedstaaten 	
Kontrolle von Ratingagenturen		<ul style="list-style-type: none"> + europäische und internationale Verbesserung der Regulierung und Aufsicht von Ratingagenturen + Trennung des Rating-Geschäfts vom Beratungsgeschäft zur Vermeidung von Interessenskonflikten + Einrichtung einer europäischen Agentur, die Ratingagenturen registriert und kontrolliert + Aufsicht und Kontrolle von hochspekulativen Finanzprodukten, Verbot von schädlichen Leerkäufen 	<ul style="list-style-type: none"> + Schaffung einer EU-Einrichtung zur Kontrolle der Ratingagenturen, insbesondere Trennung des Rating-Geschäfts vom Beratungsgeschäft zur Vermeidung von Interessenskonflikten 	
Regulierung von Managerbezügen	<ul style="list-style-type: none"> + Begrenzung der Gehälter und Bonuszahlungen von Führungskräften in Finanzinstitutionen 	<ul style="list-style-type: none"> + Regulierung der Vergütung von Vorständen und Managern + Einschränkung der steuerlichen Absetzbarkeit von Abfindungen für erfolgslose Manager + Verschärfung der persönlichen Haftung von Managern und Aufsichtsräten 	<ul style="list-style-type: none"> + Einführung von Maßnahmen zur Vermeidung un gerechtfertigter Zahlungen an Manager 	





	Labour/Irland	LSAP/Luxemburg	SPÖ/Österreich	Labour/ Vereinigtes Königreich
Kontrolle von Wirtschaftsmärkten				
Schaffung und Koordination von Aufsichtsbehörden EU-weit und international		<ul style="list-style-type: none"> + Stärkung der Zusammenarbeit nationaler Aufsichtsbehörden (Teil des allgemeinen Wahlprogramms⁷) 	<ul style="list-style-type: none"> + Stärkung der Zusammenarbeit nationaler Aufsichtsbehörden + Erweiterung der Zusammenarbeit nationaler Aufsichtsbehörden + Entwicklung eines Frühwarnsystems und politischer Handlungsempfehlungen für stabile Finanzmärkte seitens der internationalen Finanzinstitutionen 	
Erhöhung der Transparenz und strengere Anforderungen an Banken, Finanz- und Wirtschaftsunternehmen	<ul style="list-style-type: none"> + Entwicklung von Regulierungsbehörden, die schädlichen Leerverkäufen Einhalt gebieten, Risikotransparenz von Finanzinstitutionen fordern sowie eine Überwachung von Hedgefonds und <i>Private-Equity</i>-Fonds sichern + Limitierung von übermäßigen Anleihen + Begrenzung der Überschuss- und Fremdfinanzierung bzw. strengere Eigenkapitalanforderungen für alle Finanzakteure + Verhinderung »fauler Kredite« 	<ul style="list-style-type: none"> + höhere Eigenkapitalvorsorge von Finanzunternehmen, insbesondere für Hedgefonds + europaweite Harmonisierung von Liquiditätsvorschriften zur besseren Risikoversorge bei Kreditvergaben + Verbot von ungedeckten Leerverkäufen (Teil des allgemeinen Wahlprogramms, s.o.) 		
Kontrolle von Ratingagenturen			<ul style="list-style-type: none"> + strengere und transparentere Normen für Ratingagenturen sowie Kontrolle durch eine Aufsichtsbehörde (Teil des allgemeinen Wahlprogramms, s.o.) 	<ul style="list-style-type: none"> + Stärkung der Transparenz von Ratingagenturen
Regulierung von Managerbezügen	<ul style="list-style-type: none"> + Einführung von Limits bei finanziellen Bezügen von Top-Managern 	<ul style="list-style-type: none"> + Einführung eines internationalen Verhaltenskodexes bei Managerbezügen + Koppelung der Managerbezüge an die nachhaltige Entwicklung des Unternehmens, gleichzeitig Vermeidung von Überproportionalität zu den Gehältern der Beschäftigten (Teil des allgemeinen Wahlprogramms, s.o.) 	<ul style="list-style-type: none"> + neue Regelungen der finanziellen Bezüge von Vorständen und Managern 	

7. Die LSAP verbindet das Wahlprogramm zu den nationalen Wahlen und den Europawahlen miteinander, da diese 2009 zeitgleich stattfanden. Aufgrund der Verbindung dieser Wahlprogramme wurden Teile des allgemeinen nationalen Wahlprogramms mit in die Auswertung einbezogen.

2.1.2 Koordinierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik

	BSP/Bulgarien	SPD/Deutschland	SDP/Finnland	PS/Frankreich
Koordinierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik				
Ausbau der europäischen Zusammenarbeit in Wirtschafts- und Finanzpolitik	<ul style="list-style-type: none"> + Verbesserung der europäischen Rechtsetzung für alle Akteure auf den Finanzmärkten zur Schaffung von Transparenz und Maßnahmen gegen »faule Kredite« sowie zur Erhöhung des Eigenkapitals + stärkere wirtschaftspolitische Koordinierung + aktive Maßnahmen zur Unterstützung von Bulgariens Beitritt zur WWU 	<ul style="list-style-type: none"> + Schaffung einer europäischen Finanzarchitektur mit mehr Transparenz und klaren Regeln + Stärkung des makroökonomischen Dialogs zwischen EU-Finanzministern, EZB und den Sozialpartnern und Weiterentwicklung des Dialogs, insbesondere in der Eurozone + Übertragung des Modells einer sozialen Marktwirtschaft als Leitbild für Europa 	<ul style="list-style-type: none"> + Einrichtung eines europäischen Regulierungssystems für Finanzmärkte + Stärkung des Dialogs zwischen Regierungen, EZB und Sozialpartnern 	<ul style="list-style-type: none"> + Koordinierung der Wirtschaftspolitik und Neufassung des EU-Stabilitätspaktes + Verbesserung der Finanz- und Wirtschaftspolitik durch die Koordinierung nationaler Pläne
Stärkung des Binnenmarktes	<ul style="list-style-type: none"> + Reduzierung der administrativen Hürden für Unternehmen + Vereinfachung der rechtlichen Rahmenbedingungen für KMUs + Beschleunigung des Beitritts Bulgariens zum Schengen-Abkommen, um so den Zugang für ausländische Investoren zu erleichtern 	<ul style="list-style-type: none"> + Ausbau des europäischen Binnenmarktes + Abbau von bürokratischen Lasten für KMUs, z. B. durch ein Statut europäischer Privatgesellschaften + Forderung nach einer stärkeren Berücksichtigung der deutschen Sprache auf Ebene der EU, denn Ungleichbehandlung führt zu Wettbewerbsnachteilen und bürokratischem Zusatzaufwand für den deutschen Mittelstand 		
Harmonisierung von Steuersätzen für einen gerechteren Wettbewerb		<ul style="list-style-type: none"> + einheitliche Bemessungsgrundlage bei den Unternehmenssteuern; Flankierung durch Mindeststeuersätze zumindest in der Eurozone + Stärkung eines Verhaltenskodexes gegen schädlichen Wettbewerb + Erweiterung der EU-Zinsrichtlinie gegen Steuerflucht und -hinterziehung + Trockenlegung von Steueroasen und <i>Offshore</i>-Finanzzentren 	<ul style="list-style-type: none"> + Vermehrter Einsatz von EU-Ressourcen zur Beseitigung von Schattenwirtschaft und Geldwäsche 	<ul style="list-style-type: none"> + Harmonisierung der Besteuerung von Unternehmen + Einführung eines internationalen Finanzsystems zur Trockenlegung von Steueroasen und Beendigung der Steuerhinterziehung
Globale Finanzarchitektur		<ul style="list-style-type: none"> + Schaffung einer internationalen Finanzarchitektur mit transparenten und klaren Regeln 	<ul style="list-style-type: none"> + Einrichtung eines globalen Regelsystems für Finanzmärkte 	<ul style="list-style-type: none"> + Reform der internationalen Institutionen und des internationalen Finanzsystems

	Labour/Irland	LSAP/Luxemburg	SPÖ/Österreich	Labour/Vereinigtes Königreich
Koordinierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik				
Ausbau der europäischen Zusammenarbeit in Wirtschafts- und Finanzpolitik				
Stärkung des Binnenmarktes	<ul style="list-style-type: none"> + Stärkung des Binnenmarktes durch Verbesserung der Rechtsetzung zur Reduzierung von Bürokratie für Unternehmen, z. B. durch ein Statut europäischer Privatgesellschaften 		<ul style="list-style-type: none"> + Verbesserung und Vereinheitlichung des Ordnungsrahmens für die Finanzmärkte 	<ul style="list-style-type: none"> + Teilnahme des Vereinigten Königreichs an der einheitlichen europäischen Währung bei Erfüllung der fünf Wirtschaftstests⁸ + Stärkung des Binnenmarktes zur Erhöhung von Geschäftsmöglichkeiten und Sicherung der Preise
Harmonisierung von Steuersätzen für einen gerechteren Wettbewerb	<ul style="list-style-type: none"> + Maßnahmen zur Vermeidung von Steueroasen, Steuerbetrug und Steuererhinterziehung + nationale Kompetenz zur Festlegung der Höhe von Unternehmenssteuern; Verteidigung der niedrigen Unternehmenssteuer von 12,5 Prozent in Irland 	<ul style="list-style-type: none"> + Beibehaltung der attraktiven Steuersätze Luxemburgs in der EU, ohne dabei Steuerdumping zu fördern (Teil des allgemeinen Wahlprogramms, s.o.) + Schließung nationaler Steuerlücken aufgrund des Harmonisierungsdrucks der EU, was auf Dauer auch den günstigen Kraftstoffexport bzw. den sogenannten »Sprit-Tourismus« nach Luxemburg betreffen wird (Teil des allgemeinen Wahlprogramms, s.o.) 	<ul style="list-style-type: none"> + gerechtes Steuersystem zur Verhinderung von Steuerdumping und Steueroasen + Einführung von verbindlichen Mindeststeuersätzen + Einführung einer Finanztransaktionssteuer 	<ul style="list-style-type: none"> + Ergreifung von Maßnahmen zum Verbot von Schattenbanksystemen und Steueroasen; Labour richtet diese Forderung insbesondere an die globale Gemeinschaft
Globale Finanzarchitektur	<ul style="list-style-type: none"> + Schaffung einer globalen Finanzarchitektur mit demokratischer Kontrolle 	<ul style="list-style-type: none"> + Vorreiterrolle der EU bei der Neuordnung der globalen Finanzmärkte und Weltwirtschaft; Einsatz für einen Interessensausgleich zwischen den verschiedenen Wirtschaftsakteuren 	<ul style="list-style-type: none"> + Mitwirkung an weltweiten Regelungen für die Finanzmärkte 	<ul style="list-style-type: none"> + Arbeit an gemeinsamen Prinzipien für die Regulierung der Finanzmärkte

8. Das Vereinigte Königreich nimmt an der dritten Stufe der WWU und somit an der Einführung des Euro nicht teil. Die Teilnahme hängt von der Erfüllung von fünf Wirtschaftstests ab, die von der Regierung 1997 aufgestellt wurden und insbesondere nationale Stabilität, Wachstum und Beschäftigung garantieren sollen.

2.1.3 EU-Haushalt und Vergaberechte

EU-Haushalt und Vergaberechte	BSP/Bulgarien	SPD/Deutschland	SDP/Finnland	PS/Frankreich
Umstrukturierung des EU-Haushalts	<ul style="list-style-type: none"> + Erhöhung des EU-Haushalts für die Haushaltsperiode 2014-2020 + Mittelerhöhung im Bereich Kohäsionspolitik; Bulgarien möchte einen fairen Anteil zur Umsetzung nationaler Ziele 	<ul style="list-style-type: none"> + Förderung von Innovation, Forschung und Entwicklung mit dem EU-Budget + Reduzierung der Ausgaben für die GAP + Neuausrichtung des Haushalts im Hinblick auf die Bewahrung eines fairen Lastenausgleichs zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten + Aufbau einer eigenen Einnahmequelle und weniger Zuweisungen aus den nationalen Haushalten 	<ul style="list-style-type: none"> + EU-Budget zur Steigerung von Investitionen, Forschung und Produktentwicklung + EU-Budget zur Unterstützung der Regionalpolitik im Bereich Beschäftigungs- und Wirtschaftsentwicklung + Bindung von Landwirtschaftssubventionen an umweltschonende Maßnahmen im EU-Budget 	<ul style="list-style-type: none"> + Erhöhung des Haushalts durch Generierung eigener Mittel + EU-Recht zur Aufnahme von Krediten für hohe Investitionen und langfristige Finanzierungen
EU-Vergaberechte und Investitionsförderung	<ul style="list-style-type: none"> + Erleichterung des Kreditzugangs für Unternehmen, z. B. von der EIB + Erweiterung des Globalisierungsfonds und Vereinfachung der Zugangskriterien + Verbesserung der Infrastruktur für Energie und Telekommunikation und Erhöhung des Zugangs zum Breitband-Internet mit Mitteln der EIB + Vereinfachung des Zugangs zu Finanzmitteln des Kohäsions- und Strukturfonds 	<ul style="list-style-type: none"> + Finanzierungs- und Innovationsressourcen für KMUs + Konkretisierung des EU-Vergaberichts unter zunehmender Berücksichtigung sozialer und ökologischer Kriterien + stärkere Berücksichtigung strukturschwacher Stadtteile und ländlicher Gebiete bei der Ausrichtung der EU-Strukturfonds 	<ul style="list-style-type: none"> + Erhöhung der Investitionen in Europa durch Mittel aus dem EU-Haushalt 	<ul style="list-style-type: none"> + Investitionen im Bereich kommunaler und transeuropäischer Infrastruktur durch die EIB

EU-Haushalt und Vergaberechte	Labour/Irland	LSAP/Luxemburg	SPÖ/Österreich	Labour/Vereinigtes Königreich
<p>Umstrukturierung des EU-Haushalts</p>	<p>+ stärkere Ausrichtung des EU-Haushalts an ökologischen Kriterien und der Schaffung von Jobs</p>			
<p>EU-Vergaberechte und Investitionsförderung</p>	<p>+ Erweiterung und Stärkung der sozialen und wirtschaftlichen Kriterien zur Vergabe öffentlicher Aufträge im EU-Recht, insbesondere zur Unterstützung unterentwickelter Regionen</p> <p>+ Erhöhung der Bemessungsgrenze der EBWE und der EIB sowie Vereinfachung der Kreditgewährung für KMUs</p> <p>+ mehr Mittel für Irland aus den zusätzlichen 30 Milliarden Euro der EIB für die KMUs sowie stärkere Nutzung der neuen Flexibilität der EU-Behilfavorschriften</p> <p>+ Eurobonds, um sicherzustellen, dass Irland nicht für Kreditaufnahmen bestraft wird</p> <p>+ Nutzung des Globalisierungsfonds, wenn Unternehmen durch Klimawechsel und/oder technologische Veränderungen betroffen sind</p> <p>+ Finanzierungs- und Innovationsressourcen für KMUs</p> <p>+ Ausbau der Breitband-Infrastruktur mit Hilfe der EIB und der Europäischen Strukturfonds</p>	<p>+ Ausrichtung der EU-Förderprogramme zur Vermeidung von Stellenabbau und zur Schaffung zukunftsorientierter Arbeitsplätze</p> <p>+ Einführung von Konjunkturprogrammen zur Modernisierung von Infrastrukturen sowie Förderung von Investitionen in Innovation und Forschung in Bereichen wie Umwelt-, Kommunikations- und Gesundheitstechnologie</p>	<p>+ Vorbeugung des Missbrauchs von EU-Geldern, was auch die bessere Kontrolle des EP beinhaltet</p> <p>+ Erhöhung der Kreditvergabe der EIB</p>	<p>+ Reform des EU-Haushalts, insbesondere im Bereich der GAP</p>

2.2 Soziales Europa

2.2.1 Arbeit und Beschäftigung

	BSP/Bulgarien	SPD/Deutschland	SDP/Finnland	PS/Frankreich
Arbeit und Beschäftigung				
Arbeits- und Lohnstandards	<ul style="list-style-type: none"> + Schaffung eines Europäischen Pakts für Löhne zur Garantie menschenwürdiger Mindestlöhne + Schutz der sozialen Rechte von bulgarischen Arbeitsmigranten mit Wohnsitz in einem anderen EU-Mitgliedstaat 	<ul style="list-style-type: none"> + Sicherung der Mindeststandards für Lohn- und Arbeitsbedingungen + Einführung eines Standards für Mindestlöhne in Europa gemessen am Durchschnittslohn der jeweiligen Mitgliedstaaten, orientiert an existenzsichernden gesetzlichen und tarifvertraglichen Kriterien (Europäischer Pakt gegen Lohndumping) + Verbesserung der europäischen Standards für Arbeits- und Gesundheitsschutz, insbesondere im Bereich Arbeitszeit für untypische und prekäre Arbeitsverhältnisse + Lohngleichheit für Leiharbeiter + Festlegung der Rechte für Praktikanten in einer Charta + Erweiterung der EU-Entscheidungslinie + internationale Förderung von Standards und Normen im Hinblick auf die Stärkung der ILO sowie des Verantwortungsbewusstseins international agierender Unternehmen 	<ul style="list-style-type: none"> + EU-Arbeitsrichtlinie zum Schutz der Arbeitnehmer mit dem Verbot übermäßig langer Wochenarbeitszeiten + Reform der EU-Entscheidungslinie + Schaffung eines Systems von Verantwortlichkeit, indem grenzüberschreitende Subunternehmer-Ketten die Einhaltung von Arbeitnehmerrechten garantieren 	<ul style="list-style-type: none"> + Schaffung von Mindestlöhnen in allen Mitgliedstaaten in Höhe von 60 Prozent des Durchschnittseinkommens des jeweiligen Landes
Arbeitsmarktpolitik	<ul style="list-style-type: none"> + Einführung eines Europäischen Paktes für die Zukunft der Arbeit; hierfür sollte der Europäische Sozialfonds genutzt werden + schnelle Unterstützung bei der Rückkehr in den Arbeitsmarkt im Falle eines Arbeitsplatzverlustes in der Krise + Einrichtung eines Trainingsprogramms auf Basis von EU-Mitteln für zukunftsorientierte Arbeitsplätze im Bereich Umwelt, insbesondere der erneuerbaren Energien + Erweiterung der Mittel aus dem EU-Haushalt für Ausbildung + Beseitigung von Beschränkungen für die Beschäftigung von bulgarischen Bürgern in den EU-Mitgliedstaaten 	<ul style="list-style-type: none"> + Forderung nach einem europäischen Recht auf Weiterbildung für alle Arbeitnehmer + Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit 	<ul style="list-style-type: none"> + Aufwendung von EU-Haushaltsmitteln zur Bekämpfung der wachsenden Arbeitslosigkeit in der Krise + Nutzung des Europäischen Sozialfonds für die Weiterbildung von Arbeitslosen und Arbeitnehmern, insbesondere für Menschen mit Lernschwierigkeiten oder solche aus benachteiligten Familien + Nutzung von Programmen wie »lebenslanges Lernen«, um Arbeitnehmer in »grüne« Arbeitsplätze, wie beispielsweise im Bereich der erneuerbaren Energien, zu führen + Schaffung von zwei Millionen neuen Arbeitsplätzen bis 2020 im Bereich erneuerbarer Energien 	<ul style="list-style-type: none"> + Vollbeschäftigung: Schwerpunkt liegt hier auf der Schaffung von zehn Millionen neuen Arbeitsplätzen bis 2020; zwei Millionen davon im Bereich erneuerbarer Energien + Erhöhung der Anstrengungen im Bildungssektor

	Labour/Irland	LSAP/Luxemburg	SPÖ/Österreich	Labour/Vereinigtes Königreich
Arbeit und Beschäftigung	<ul style="list-style-type: none"> + Überprüfung der Arbeitszeitrichtlinie für menschenwürdige Arbeitszeiten + Festlegung der Rechte für Praktikanten in einer Charta 	<ul style="list-style-type: none"> + Einführung einer europäischen Mindestlohnregelung + Überprüfung der EU-Entscheidungslinie mit dem Ziel, dass die Sozialstandards des Gastlandes gelten 	<ul style="list-style-type: none"> + Verhinderung der Unterhöhung des Binnenmarktes, indem in Österreich die gleichen Arbeitsbedingungen für ausländische wie für heimische Unternehmen gelten + volle Ausschöpfung der Übergangsfristen für die Arbeitnehmerfreizügigkeit gegenüber den neuen Mitgliedstaaten + Verbesserung der europäischen Mindeststandards im Arbeits- und Gesundheitsschutz + Verbesserung des Arbeitsschutzes auch bei untypischen Arbeitsverhältnissen wie z. B. Praktika + Überprüfung aller europäischen Programme, ob sie in der Krise Beschäftigung sichern können 	<ul style="list-style-type: none"> + Einführung einer Richtlinie für Teilzeitbeschäftigung + Einführung von Mindeststandards für menschenwürdige Regelungen in den Bereichen Arbeitszeiten und -pausen, Urlaub, Mutterschutz sowie Schutz vor Diskriminierung + Überprüfung der EU-Entscheidungslinie + Einführung von Kernarbeitsstandards + Verbesserung der Sicherheits- und Gesundheitsmaßstäbe + gleiche Konditionen für Leiharbeiter nach zwölf Monaten Arbeit wie für Festangestellte
Arbeitsmarktpolitik	<ul style="list-style-type: none"> + Vorschlag für einen Europäischen Pakt für die Zukunft der Arbeit mithilfe des Europäischen Sozialfonds + Einführung eines Trainingsprogramms für neue »Öko-Jobs«, bezahlt mit EU-Mitteln 	<ul style="list-style-type: none"> + Schaffung von zehn Millionen neuen Arbeitsplätzen bis 2020, davon zwei Millionen im Bereich der erneuerbaren Energien 	<ul style="list-style-type: none"> + Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit + Vollbeschäftigung + Stärkung von Maßnahmen zur Aus- und Weiterbildung und (Wieder-)eingliederung in den Arbeitsmarkt durch den Europäischen Sozialfonds 	<ul style="list-style-type: none"> + Gestaltung einer Agenda zur Erschaffung von Jobs, besonders in den Bereichen Umwelttechnologien und erneuerbare Energien + Aufstellung einer Agenda für Weiterbildung

2.2.2 Arbeitnehmermitbestimmung

	BSP/Bulgarien	SPD/Deutschland	SDP/Finnland	PS/Frankreich
Arbeitnehmermitbestimmung				
Mitbestimmungsrechte	<ul style="list-style-type: none"> + Unterstützung der Entwicklung sozialer Formen wirtschaftlicher Aktivität wie z. B. Genossenschaften und Erzeugergemeinschaften 	<ul style="list-style-type: none"> + Weiterentwicklung der Mitbestimmungsrechte im europäischen Gesellschaftsrecht + Forderung einer Richtlinie zur Wahrung von Mindeststandards bei Unternehmensitzverlegungen + Ausbau der Rechte für europäische Betriebsräte + Schaffung einer Rechtsgrundlage für grenzüberschreitende Tarifverhandlungen und -verträge 		<ul style="list-style-type: none"> + Verbesserung der europäischen Rechtsvorschriften zur Gewährleistung der Rechte von Arbeitnehmern im Bereich Tarifverträge
Sozialer Dialog	<ul style="list-style-type: none"> + Stärkung des Sozialen Dialogs auf europäischer Ebene zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften in einer Vielzahl von Sektoren 	<ul style="list-style-type: none"> + Ausbau des Sozialen Dialogs zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern auf europäischer Ebene 		
Arbeitnehmermitbestimmung				
Mitbestimmungsrechte	<ul style="list-style-type: none"> + Einführung von Informationsrechten und Mitsprachemöglichkeiten für Arbeitnehmer bei Unternehmensübernahmen; Sicherstellung der Rente + Entwicklung eines Rahmens für grenzüberschreitende Tarifverhandlungen und -verträge 	<ul style="list-style-type: none"> + Verbesserung der Mitbestimmung in Unternehmen 	<ul style="list-style-type: none"> + mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten + Stärkung der europäischen Betriebsräte 	<ul style="list-style-type: none"> + Zusammenarbeit von Labour mit den Sozialpartnern, denn: ein soziales Europa braucht Gewerkschaften
Sozialer Dialog	<ul style="list-style-type: none"> + Stärkung des Dialogs zwischen Gewerkschaften und Arbeitnehmern in einer Vielzahl von Sektoren 		<ul style="list-style-type: none"> + Durchsetzung und Stärkung des Sozialen Dialogs in Europa 	

2.2.3 Soziale Grundversorgung und kommunale Selbstverwaltung

	BSP/Bulgarien	SPD/Deutschland	SDP/Finnland	PS/Frankreich
Soziale Grundversorgung und kommunale Selbstverwaltung	<p>+ Einrichtung eines Europäischen Pakts für sozialen Fortschritt, der nationale Standards für Sozial- und Bildungspolitik, Bekämpfung von Armut und Ungleichheit festsetzt</p> <p>+ Standards zur Bewertung der Gesundheitssysteme zur Förderung der Rechte von Patienten und Verbesserung der Qualität von medizinischen Leistungen; Gesundheitspolitik bleibt jedoch im Kompetenzbereich der Mitgliedstaaten</p> <p>+ Zusammenarbeit im Bereich Organpenden und Transplantationen</p>	<p>+ Einführung eines sozialen Stabilitätspakts mit gemeinsamen Zielen und Vorgaben für die nationalen Sozial- und Bildungsausgaben, gemessen an der jeweiligen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Länder</p> <p>+ Entscheidungen über Leistungen der Daseinsvorsorge und die Art und Weise, wie diese Dienstleistungen erbracht werden, muss den Mitgliedstaaten und ihren Gebietskörperschaften überlassen bleiben, hier muss es europaweite Rechtssicherheit geben</p>	<p>+ Verteidigung des finnischen und skandinavischen Gesellschaftsmodells; EU soll sich nicht im Detail in Fragen der öffentlichen Dienstleistungen in Finnland einmischen</p>	<p>+ Garantie von sozialer Sicherung und eines angemessenen Einkommens durch einen europäischen Pakt für sozialen Fortschritt</p> <p>+ Gewährleistung der Vollständigkeit von Dienstleistungen auf nationaler Ebene</p>
Kommunales Selbstverwaltungsrecht	<p>+ Stärkung und Erweiterung der Rolle von regionalen und kommunalen Behörden im Hinblick auf ihre Zuständigkeiten bei der Umsetzung europäischer Rechtsvorschriften</p>	<p>+ Stärkung des kommunalen Selbstverwaltungsrechts in Europa sowie strikte Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips</p> <p>+ stärkere Berücksichtigung der finanziellen und administrativen Auswirkungen europäischer Rechtssetzung auf kommunaler Ebene</p>		

	Labour/Irland	LSAP/Luxemburg	SPÖ/Österreich	Labour/Vereinigtes Königreich
Soziale Grundversorgung und kommunale Selbstverwaltung				
Soziale Standards	<ul style="list-style-type: none"> + Einigung auf einen Europäischen Pakt des sozialen Fortschritts zur Festlegung nationaler Standards für die Sozial-, Gesundheits- und Bildungspolitik; hier möchte Labour mit NGOs zusammenarbeiten + Entwicklung einer Strategie für Gesundheitsversorgung und die Teilnahme der alternden Gesellschaft + Arbeit an einem europäischen Rahmen für Dienstleistungen, was aber nicht gegen ihre Vollständigkeit auf nationaler Ebene gerichtet sein darf + Unterstützung einer besseren Gesundheitsversorgung im Grenzgebiet und Aktionen im Gesundheitsbereich; Gesundheit bleibt Aufgabe der Mitgliedstaaten 	<ul style="list-style-type: none"> + Stärkung der sozialen Dimension und des sozialen Fortschritts durch einen neuen Sozialvertrag zur Vorkehrung von Mindestnormen in den Bereichen soziale Absicherung, Gesundheit und Bildung + Schaffung eines gemeinsamen Rahmens für eine öffentliche Grundversorgung der Menschen in der EU + Verteidigung des Rechts auf Gesundheitsversorgung, soziale Absicherung, Bildung und erschwingliche Wohnpreise im Sinne der entsprechenden Charta des Europarates 	<ul style="list-style-type: none"> + Verbleib der Dienstleistungen bei den Mitgliedstaaten + Schutz einer für alle finanzierbaren Gesundheitsvorsorge 	
Kommunales Selbstverwaltungsrecht	<ul style="list-style-type: none"> + stärkere Rolle der Regionen und Kommunen 		<ul style="list-style-type: none"> + regionale oder lokale Entscheidungen sollten vor Ort getroffen werden 	

2.2.4 Chancengleichheit und Armutsbekämpfung

	BSP/Bulgarien	SPD/Deutschland	SDP/Finnland	PS/Frankreich
Chancengleichheit und Armutsbekämpfung				
Gleichstellung der Geschlechter	<ul style="list-style-type: none"> + Annahme der europäischen Charta zur Gleichstellung von Frauen im öffentlichen und politischen Leben + Bekämpfung der Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen + gleichberechtigte Beteiligung von Frauen in allen europäischen Ämtern 	<ul style="list-style-type: none"> + europäische Initiative zur Verwirklichung der Lohnangleichung + Erweiterung des Instruments der Folgenabschätzung der EU-Kommission um Aspekte der Gleichstellung + gleichberechtigte Beteiligung von Frauen in den Institutionen und Gremien der EU und der Mitgliedstaaten + Gleichstellung der Geschlechter in der privaten Wirtschaft + Entwicklung einer europäischen Charta der Frauenrechte mit entsprechender Erweiterung der Rechtsetzung auf dem Gebiet der Antidiskriminierung 	<ul style="list-style-type: none"> + Gleichstellung von Frauen und Männern muss gewährleistet sein 	<ul style="list-style-type: none"> + Gleichstellung der Geschlechter in Bezug auf Entlohnung und Aufstiegschancen
Vereinbarkeit von Familie und Beruf	<ul style="list-style-type: none"> + Erhöhung der Kinderbetreuung mit dem Ziel einer 33-prozentigen Steigerung in den Mitgliedstaaten bei 0- bis 3-Jährigen und einer 90-prozentigen Steigerung vom dritten Lebensjahr an bis zum Schuleintritt 	<ul style="list-style-type: none"> + Ausbau von Betreuungsangeboten für Kinder sowie von Ganztagschulen für Jugendliche + Ergänzung der quantitativen Ausbauziele der EU durch qualitative Ziele in der Kinder- und Jugendbetreuung 		
Bekämpfung von Armut und sozialer Exklusion	<ul style="list-style-type: none"> + Entwicklung einer Strategie für die Rechte der Kinder und die Bekämpfung von Kinderarmut + gezielte Maßnahmen zur sozialen Integration von Minderheiten in der EU + Zuwachs an Betreuungseinrichtungen für ältere Menschen + Entwicklung einer europäischen Politik zur Gewährleistung der Gleichberechtigung von älteren Menschen, für eine bessere Gesundheit und mehr Aktivität im Alter 	<ul style="list-style-type: none"> + Vereinbarung von klaren Zielen und Maßnahmen zur Verringerung von Kinderarmut 	<ul style="list-style-type: none"> + Kommunalpolitik muss zu einem wichtigen europäischen Politikbereich erhoben werden mit dem Ziel, in Vororten, insbesondere von größeren Städten, Ausgrenzung zu verhindern und Sicherheit zu gewährleisten 	
Antidiskriminierung und Gewaltbekämpfung	<ul style="list-style-type: none"> + Bekämpfung jeglicher Gewalt gegen Frauen 	<ul style="list-style-type: none"> + Einführung eines unter deutscher EU-Ratspräsidentschaft eingereichten EU-Rahmenbeschlusses mit gemeinsamen europäischen Strafrechtsstandards für die Anklage von Hass und Gewalt aus rassistischen und fremdenfeindlichen Gründen sowie das Billigen, Leugnen oder die grobe Verharmlosung von Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen 		<ul style="list-style-type: none"> + Verschärfung von Rechtsvorschriften zur Antidiskriminierung

	Labour/Irland	LSAP/Luxemburg	SPÖ/Österreich	Labour/Vereinigtes Königreich
Chancengleichheit und Armutsbekämpfung				
Gleichstellung der Geschlechter	<ul style="list-style-type: none"> + Erarbeitung einer europäischen Charta für Frauenrechte + Kampf gegen Lohnungleichheit + ausgeglichene Besetzung von Frauen und Männern in politischen Ämtern 	<ul style="list-style-type: none"> + Bekämpfung der Diskriminierung durch ungleiche Lohnzahlung 	<ul style="list-style-type: none"> + Stärkung der Gleichstellung in den Bereichen Einkommen und Arbeitsbedingungen + gleiche Beteiligung von Frauen und Männern in Institutionen und Gremien der EU + Gleichstellung beider Geschlechter in Führungsgremien der privaten Wirtschaft 	<ul style="list-style-type: none"> + Gleichstellung der Geschlechter mit Betonung auf Lohngleichheit
Vereinbarkeit von Familie und Beruf	<ul style="list-style-type: none"> + Erhöhung der Kinderbetreuung mit dem Ziel einer 33-prozentigen Steigerung in den Mitgliedstaaten bei 0- bis 3-jährigen und einer 90-prozentigen Steigerung vom dritten Lebensjahr an bis zum Schuleintritt + Einführung verbesserter Elternzeitrechte für Frauen und Männer 		<ul style="list-style-type: none"> + Stärkung der Gleichstellung im Bereich Vereinbarkeit von Beruf und Familie + Schaffung von Kinderbetreuungseinrichtungen 	
Bekämpfung von Armut und sozialer Exklusion	<ul style="list-style-type: none"> + Entwicklung einer Strategie für die Rechte von Kindern und Bekämpfung von Kinderarmut + Einrichtung einer Hotline für vermisste Kinder in Irland, welche die EU-Kommission seit 2007 von allen Mitgliedstaaten fordert + Barrierefreiheit für Behinderte in allen Bereichen + Annahme der UN-Konvention für die Rechte behinderter Menschen durch alle EU-Mitgliedstaaten + Bemühung um Änderung der Rechtsvorschrift zum Schutz der Sozialversicherungsansprüche von Personen, die innerhalb der EU zu- und abwandern, um die Mobilität von Behinderten zu verbessern + Arbeit an einer Strategie für die Bereiche Gesundheit und Partizipation der alternden Gesellschaft 		<ul style="list-style-type: none"> + Stärkung der Bekämpfung von Armut + Schutz vor Krankheit als Herausforderung der europäischen Politik; hierzu gehört eine für alle bezahlbare Gesundheitsversorgung und die Möglichkeit in Würde zu altern 	<ul style="list-style-type: none"> + Reduzierung der Kinderarmut und Verbesserung der Situation von Familien + Einrichtung einer Hotline für vermisste Kinder, welche die EU-Kommission bereits 2007 als Maßnahme vorgeschlagen hat
Antidiskriminierung und Gewaltbekämpfung	<ul style="list-style-type: none"> + Bekämpfung von häuslicher und sexueller Gewalt sowie Gewalt gegen Migranten mithilfe von EU-Programmen und Fonds + Stärkung des EU-Programms DAPHNE, das NGOs finanzielle Unterstützung für Opfer von physischer, sexueller und psychischer Gewalt zur Verfügung stellt 			<ul style="list-style-type: none"> + Unterstützung der Antidiskriminierungsrichtlinie

2.2.5 Soziale Gesetzgebung und Rechtsprechung⁹

Soziale Gesetzgebung und Rechtsprechung	BSP/Bulgarien	SPD/Deutschland	SDP/Finnland	PS/Frankreich
Soziale Gesetzgebung und Rechtsprechung		<ul style="list-style-type: none"> + Einführung einer sozialen Fortschrittsklausel im EU-Primärrecht + Einführung einer systematischen Gesetzesfolgeabschätzung für alle Rechtsakte der EU (Sozialklausel im Lissabon-Vertrag) + verbindlichere und transparentere Koordination nationaler Reformanstrengungen im Bereich Sozialpolitik durch die OMK + Übertragung von mehr Kompetenzen auf das EP + trotz Rechtszuweisungen auf europäischer Ebene, sollte Sozialpolitik nationale Kernkompetenz bleiben + Anerkennung von Arbeitnehmerrechten seitens der europäischen Institutionen, insbesondere von der EU-Kommission und dem Europäischen Gerichtshof bei der Gesetzgebung + rechtliche Stärkung der Mitbestimmung, wie beispielsweise die Schaffung von Rechtsgrundlagen und die Weiterentwicklung der Mitbestimmungsrechte 	<ul style="list-style-type: none"> + Akzeptanz von Arbeitnehmerrechten seitens des Europäischen Gerichtshof; er sollte sich nicht in Arbeitskampfmassnahmen einmischen + Ziel des EU-Vertrags: Keine Unterordnung europäischer Gewerkschaftsbewegungen und sozialer Grundrechte unter wirtschaftliche Rechte 	<ul style="list-style-type: none"> + Verbesserung der europäischen Rechtsvorschriften zur Gewährleistung von Arbeitnehmerrechten
Soziale Gesetzgebung und Rechtsprechung	Labour/Irland	LSAP/Luxemburg	SPÖ/Österreich	Labour/Vereinigtes Königreich
Soziale Gesetzgebung und Rechtsprechung	<ul style="list-style-type: none"> + Einführung einer sozialen Fortschrittsklausel in jedes EU-Recht + Einführung eines Statuts für Vereine, gemeinnützige Gesellschaften und Stiftungen 	<ul style="list-style-type: none"> + Überprüfung der sozialen und ökologischen Auswirkungen jedes Richtlinienvorschlags seitens der EU-Kommission 	<ul style="list-style-type: none"> + Ausrichtung der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs zugunsten sozialer Grundrechte vor den Freiheiten des Binnenmarktes 	<ul style="list-style-type: none"> + Überprüfung, ob der Europäische Gerichtshof die Arbeitnehmerrechte nicht unterminiert + bessere Berücksichtigung sozialer Kriterien bei der Gesetzgebung

9. Zur Ergänzung sozialer Kriterien bei Vergaberechten siehe »EU-Haushalt und Vergaberechte« unter »Wirtschaft und Finanzen«.

2.3 EU in der Welt

2.3.1 EU als Zivil- und Friedensmacht

	BSP/Bulgarien	SPD/Deutschland	SDP/Finnland	PS/Frankreich
EU als Zivil- und Friedensmacht				
Konfliktprävention und Krisenmanagement	<ul style="list-style-type: none"> + Verbesserte Zusammenarbeit zur Verhütung und Beilegung von Konflikten in der Welt + Verbesserung der Lastenverteilung bei Friedensmissionen in Krisengebieten als Mandat der UN 	<ul style="list-style-type: none"> + Stärkung der Rolle der EU als Friedensmacht + Verankerung einer aktiven Menschenrechtspolitik als politikübergreifender integraler Bestandteil der EU-Außenpolitik 	<ul style="list-style-type: none"> + Verfügung über ausreichend Ressourcen zur Konfliktprävention und zum zivilen Krisenmanagement + Stärkung der Zusammenarbeit bei der Krisenbewältigung 	<ul style="list-style-type: none"> + Hervorhebung der Werte Frieden, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit für die Rolle der EU in der Welt
Abrüstung und Rüstungskontrolle	<ul style="list-style-type: none"> + Stärkung der Bemühungen um internationale Abrüstung, u. a. durch internationale Vereinbarungen über Rüstungskontrollen und die Nichtverbreitung von Waffen 	<ul style="list-style-type: none"> + Eintreten für Abrüstung, Nichtverbreitung von Waffen und Rüstungskontrollen auf internationaler Ebene + langfristiges Ziel ist eine Welt ohne Atom- und Massenvernichtungswaffen 		
Koordinierung GSVP	<ul style="list-style-type: none"> + Verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten in der Verteidigung, unabhängig von der jeweiligen nationalen Verteidigungspolitik und der Zusammenarbeit mit der NATO 	<ul style="list-style-type: none"> + Ausbau und Stärkung der GSVP; neben militärischen Mitteln sollen ausreichend Ressourcen für Krisenprävention und Friedenssicherung zur Verfügung stehen + langfristiges Ziel: Aufbau einer europäischen Armee, deren Einsatz stets parlamentarisch legitimiert sein muss 	<ul style="list-style-type: none"> + Erhöhung der Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich 	<ul style="list-style-type: none"> + Aufbau einer eigenständigen europäischen Verteidigungsstrategie und keine Unterordnung unter die Politik der NATO
Ausgewählte Konflikt- und Krisengebiete			<ul style="list-style-type: none"> + Stärkung des Friedensprozesses im Nahen Osten, Ziel ist eine Zwei-Staaten-Lösung 	<ul style="list-style-type: none"> + Verbesserung der Koordination friedenssichernder Maßnahmen im Mittleren Osten



EU als Zivil- und Friedensmacht	Labour/Irland	LSAP/Luxemburg	SPÖ/Österreich	Labour/Vereinigtes Königreich
<p>Konfliktprävention und Krisenmanagement</p>	<ul style="list-style-type: none"> + Ziele der EU-Politik: Lösung von Konflikten, Friedenssicherung und Durchführung von humanitären Einsätzen in Krisenregionen + Stärkung des Dialogs und der Partnerschaft für Frieden und Sicherheit durch eine »Allianz der Zivilisation« der UN + Durchsetzung einer weltweiten Abschaffung der Todesstrafe durch die UN + Bereitstellung von Mitteln zur Katastrophenvorsorge + Bekräftigung der militärischen Neutralität, die mit der EU-Politik kompatibel ist 	<ul style="list-style-type: none"> + Verstärkung der Konfliktprävention und Krisenbewältigung + Verbesserung der Interventionskapazitäten zur gerechten Verteilung der UN-Friedensmissionen + Entscheidung über militärische Einsätze durch UNO-Sicherheitsrat + Luxemburgs Außenpolitik versteht sich als europäische Außenpolitik 	<ul style="list-style-type: none"> + langfristiges Ziel: europäische Friedensordnung, die nicht auf Militärbündnissen beruht + eine aktive Neutralitätspolitik bleibt der zentrale Grundpfeiler der Außenpolitik Österreichs 	<ul style="list-style-type: none"> + EU-Rolle für Frieden und Stabilität in der Welt, in Ergänzung zur bestehenden Arbeit internationaler Organisationen wie der UN und der NATO
<p>Abrüstung und Rüstungskontrolle</p>	<ul style="list-style-type: none"> + Stärkung der internationalen Abkommen zur Abrüstung + Einschränkung und Transparenz beim Export von Waffen + Ziel: Welt ohne Atomwaffen 		<ul style="list-style-type: none"> + Einsatz für Abrüstung und Rüstungskontrolle 	
<p>Koordinierung GSVP</p>		<ul style="list-style-type: none"> + sinnvolle Ergänzung der Zusammenarbeit in der NATO durch die GSVP 	<ul style="list-style-type: none"> + Ziel GSVP: Neben militärischen Ressourcen beruht sie vor allem auf zivilen Instrumenten + Entsendung von Soldaten in Krisengebiete bleibt nationale Entscheidung 	<ul style="list-style-type: none"> + NATO bleibt bei der kollektiven Verteidigung der Hauptbezugspunkt des Vereinigten Königreichs; Weiterentwicklung der EU in diesem Bereich wird aber nicht als Konkurrenz, sondern als Ergänzung für eine stabilere Weltordnung gesehen
<p>Ausgewählte Konflikte und Krisengebiete</p>	<ul style="list-style-type: none"> + Unterstützung und Forderung der Zwei-Staaten-Lösung im Nahost-Konflikt + Unterstützung einer unabhängigen Untersuchung des israelischen Angriffs im Gaza-Streifen 2009 durch den UN-Menschenrechtsrat in Genf 	<ul style="list-style-type: none"> + Unterstützung der Friedenspolitik im Nahost-Konflikt, Ziel ist die Zwei-Staaten-Lösung 		<ul style="list-style-type: none"> + Aufforderung an die EU-Mitgliedstaaten, sich noch stärker an den Aufgaben in Afghanistan zu beteiligen und gegen die Taliban vorzugehen

2.3.2 Erweiterung, Nachbarschaftspolitik und bilaterale Beziehungen

	BSP/Bulgarien	SPD/Deutschland	SDP/Finnland	PS/Frankreich
Erweiterung, Nachbarschaftspolitik und bilaterale Beziehungen				
EU-Erweiterung	<ul style="list-style-type: none"> + Unterstützung des EU-Beitritts Kroatiens + Unterstützung eines offenen Prozesses der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei auf Grundlage klarer Kriterien + Aufnahme der Beitrittsverhandlungen mit Mazedonien, Serbien, Albanien und Montenegro 	<ul style="list-style-type: none"> + Festhalten am Ziel des Türkeibeitritts + Unterstützung des Beitritts der westlichen Balkanländer 	<ul style="list-style-type: none"> + Wunsch nach einem EU-Beitritt von Norwegen und Island + Unterstützung des Beitritts der westlichen Balkanländer + Türkei soll volle Mitgliedschaft erhalten 	
Nachbarschaftspolitik	<ul style="list-style-type: none"> + Förderung einer »Schwarzmeer-Union« + Aufbau von Partnerschaften zu den östlichen Nachbarn; hierzu gehört auch ein strukturierter Dialog mit Russland + Ausbau der Kontakte mit Parteien in den östlichen Nachbarländern, insbesondere mit der Republik Moldau und der Ukraine, da dort eine große bulgarische Minderheit lebt 	<ul style="list-style-type: none"> + Gezielte Weiterentwicklung der Nachbarschaftspolitik 	<ul style="list-style-type: none"> + Stärkung der Nachbarschaftspolitik für den Aufbau von Demokratie und wirtschaftlicher Entwicklung 	
Bilaterale Beziehungen	<ul style="list-style-type: none"> + Aufbau einer starken transatlantischen Partnerschaft mit der amerikanischen Regierung + Vertiefung der Beziehungen mit Indien und China 	<ul style="list-style-type: none"> + Entwicklung einer neuen transatlantischen Agenda, die Themen wie Klimaschutz, Energiesicherheit und Abrüstung ins Zentrum rückt + strategische Partnerschaft mit Russland 	<ul style="list-style-type: none"> + Förderung eines Dialogs zwischen den USA und der EU über die Themen Klimaschutz, Energiesicherheit und Abrüstung + strategische Partnerschaft mit Russland 	

	Labour/Irland	LSAP/Luxemburg	SPÖ/Österreich	Labour/Vereinigtes Königreich
Erweiterung, Nachbarschaftspolitik und bilaterale Beziehungen				
EU-Erweiterung	<ul style="list-style-type: none"> + Unterstützung der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei + Begrüßung der Beitrittsverhandlungen mit Kroatien + Begrüßung der Beitrittsverhandlungen mit den westlichen Balkanländern 	<ul style="list-style-type: none"> + Unterstützung eines Beitritts der Balkanländer + Unterstützung von ergebnisoffenen Verhandlungen mit der Türkei über einen EU-Beitritt 	<ul style="list-style-type: none"> + Forderung einer Volksabstimmung oder Volksbefragung zum Türkeibeitritt, da dieser die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Kapazitäten der EU zu überschreiten droht 	<ul style="list-style-type: none"> + Befürwortung des Türkeibeitritts + Befürwortung des Beitritts vom Kosovo
Nachbarschaftspolitik		<ul style="list-style-type: none"> + Ziel: gute nachbarschaftliche Beziehungen mit den EU-Anrainerstaaten am Mittelmeer und den Ostgrenzen der EU 		
Bilaterale Beziehungen	<ul style="list-style-type: none"> + Stärkung der transatlantischen Beziehungen mit der Demokratischen Partei in den USA + Stärkung der Beziehungen zu Indien, China und Afrika, was in der EU-Afrika-Strategie genauer erläutert wird 	<ul style="list-style-type: none"> + Aufbau einer guten partnerschaftlichen Beziehung zu Russland in den Bereichen Energiesicherheit, Rüstungskontrolle, Terrorismusbekämpfung und Verhinderung von Drogenhandel sowie Menschenrechte; Kooperation im NATO-Russland-Rat beim Thema Abrüstung + Aufbau einer neuen Allianz für transatlantische Beziehungen mit den USA zur Entschärfung von Konflikten und zur Garantie von Frieden 		<ul style="list-style-type: none"> + starke Beziehungen zu den USA im Bereich Klimawandel, Sicherheit und Wirtschaft

2.3.3 Internationale Kriminalitätsbekämpfung

	BSP/Bulgarien	SPD/Deutschland	SDP/Finnland	PS/Frankreich
Internationale Kriminalitätsbekämpfung				
Koordinierung und Ziele der Zusammenarbeit	<ul style="list-style-type: none"> + bessere Zusammenarbeit zwischen Justiz- und Polizeibehörden bei der Bekämpfung von Menschenhandel und sexueller Ausbeutung + erhöhte Zusammenarbeit von Polizei, Justiz und Militär im Kampf gegen Drogenhandel, Terrorismus und organisierte Kriminalität 	<ul style="list-style-type: none"> + Verbesserung der polizeilichen Zusammenarbeit und ihrer Befugnisse zur Bekämpfung von Terrorismus und internationaler Kriminalität + Erleichterung des Informationsaustauschs zwischen Polizei- und Sicherheitsbehörden der Mitgliedstaaten sowie bessere Koordinierung der Strafverfolgungsbehörden, die Europäische Einheit für justizielle Zusammenarbeit, Eurojust, soll dabei eine besondere Rolle spielen 	<ul style="list-style-type: none"> + Vertiefung der gerichtlichen, polizeilichen und sicherheitspolitischen Zusammenarbeit im Kampf gegen Kriminalität und Terrorismus 	
Internationale Kriminalitätsbekämpfung				
Koordinierung und Ziele der Zusammenarbeit	<ul style="list-style-type: none"> + enge Polizeikooperation und Maßnahmen zur Bekämpfung von Menschenhandel und sexueller Ausbeutung + polizeiliche Zusammenarbeit im Kampf gegen Drogenhandel, Kriminalität und Terrorismus; Forderung nach einer gemeinsamen europäischen Strategie gegen den Terrorismus + Umsetzung der Empfehlungen des Untersuchungsausschusses vom EP zur Überstellung von Gefangenen seitens der Mitgliedstaaten 	<ul style="list-style-type: none"> + Kampf gegen Menschenhandel und sexuelle Ausbeutung 	<ul style="list-style-type: none"> + Verbesserung der Zusammenarbeit der Behörden im Kampf gegen Terrorismus, organisierte Kriminalität sowie Menschen- und Drogenhandel + Stärkung der Befugnisse von Europol 	<ul style="list-style-type: none"> + Zusammenarbeit im Bereich Kriminalität und Terrorismus + verbesserte justizielle und polizeiliche Kooperation für die Verhinderung von Menschenhandel und sexuellem Missbrauch



2.3.4 Entwicklungszusammenarbeit

	BSP/Bulgarien	SPD/Deutschland	SDP/Finnland	PS/Frankreich
Entwicklungszusammenarbeit				
Finanzierung und allgemeine Ziele	<ul style="list-style-type: none"> + Erhöhung der Hilfe für Entwicklungsländer + Gewährleistung eines Transfers von Technologie in Entwicklungsländer 	<ul style="list-style-type: none"> + Erhöhung der Mittel bis 2010 auf 0,51 Prozent und bis 2015 auf 0,7 Prozent des BIP + Vorantreiben der Entschuldung der ärmsten Länder + Millenniums-Entwicklungsziele der UN zur Bekämpfung der Armut müssen noch stärker zur Leitlinie gemacht werden 	<ul style="list-style-type: none"> + Erhöhung der Entwicklungshilfe bis 2010 auf 0,51 Prozent und bis 2015 auf 0,7 Prozent des BIP + Verpflichtung zu den Millenniums-Entwicklungszielen 	
Fairer Handel		<ul style="list-style-type: none"> + Abbau von Handelshemmnissen, Zollbarrieren und Subventionen der Industrieländer mit Blick auf die Bedeutung von erneuerbaren Energien und Energieeffizienz + bessere Vertretung der Entwicklungsländer in Organisationen, wie dem IWF, der Weltbank und der WTO 		<ul style="list-style-type: none"> + Bestimmung einer Handelspolitik, die Entwicklungsländer wachstumsfördernd und internationale Arbeitsnormen und Umweltnormen beachtet

	Labour/Irland	LSAP/Luxemburg	SPÖ/Österreich	Labour/Vereinigtes Königreich
Entwicklungszusammenarbeit				
Finanzierung und allgemeine Ziele	<ul style="list-style-type: none"> + Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele bis 2015 	<ul style="list-style-type: none"> + Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele + Aufstockung der Entwicklungshilfe auf 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens der Mitgliedstaaten + Luxemburg leistet bereits Entwicklungshilfe in Höhe von 0,92 Prozent des BIP und ist damit Vorreiter in Europa; mittelfristig soll das Budget auf ein Prozent erhöht werden + Ziel: Vorreiterrolle Luxemburgs in der Förderung von Mikrofinanzierung in den Entwicklungsländern 		<ul style="list-style-type: none"> + Einhaltung des Versprechens zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele
Fairer Handel	<ul style="list-style-type: none"> + Förderung eines multilateralen Handelssystems seitens der EU, von dem die Entwicklungsländer über die Doha-Entwicklungssagenda der WTO profitieren + Bekämpfung der globalen Nahrungsmittelkrise + Einsatz für faire Handelsbeziehungen + Verbreitung fairer Handelsprodukte 	<ul style="list-style-type: none"> + Verhandlungen im Rahmen der WTO sollen Interessen der Entwicklungsländer einbeziehen + Förderung des fairen Handels + Bekämpfung von Spekulationen auf Lebensmittel + Förderung der Agrarproduktion in den Entwicklungsländern 	<ul style="list-style-type: none"> + Stärkung der UN und anderer internationaler Organisationen für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung; hierbei muss die Verteilung der Stimmrechte auch die Interessen der Entwicklungsländer berücksichtigen + Umsetzung fairer Wettbewerbsbedingungen + Einsatz für die Verankerung von Kernarbeitsnormen in internationalen Handelsverträgen der EU 	<ul style="list-style-type: none"> + Handelsabkommen mit Entwicklungsländern sollen sich nach den nachhaltigen, humanen und sozialen Klauseln von EU-Freihandelsabkommen und wirtschaftlichen Partnerschaftsabkommen richten

2.3.5 Internationale Organisationen

Internationale Organisationen	BSP/Bulgarien	SPD/Deutschland	SDP/Finnland	PS/Frankreich
Vereinte Nationen	+ Verbesserung der Lastenverteilung bei Friedensmissionen in Krisengebieten als Mandat der UN	+ Einrichtung eines globalen Rates der UN für Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik als Beitrag für eine funktionstüchtige Organisationsstruktur für globales Regieren	+ Reform der UN, um ihre Aufgaben zur globalen Krisenbewältigung besser wahrnehmen zu können	
Andere Organisationen		+ Stärkung des IWF, der Weltbank und der WTO + stärkere Teilnahme von Schwellenländern an Beratungen der G8; langfristig Erweiterung und Reform der G8 + Stärkung der ILO und ihrer Kernarbeitsnormen, die sich auch in den WTO-Verhandlungen und bilateralen Handelsabkommen widerspiegeln sollen; EU soll in ihrer Außenhandelspolitik Vorbild sein		+ Reform und Demokratisierung der internationalen und multilateralen Institutionen in enger Zusammenarbeit mit der neuen demokratischen Regierung in den USA
Internationale Organisationen	Labour/Irland	LSAP/Luxemburg	SPÖ/Österreich	Labour/Vereinigtes Königreich
Vereinte Nationen	+ Reform der UN in Hinblick auf die Entscheidungsprozesse + Stärkung des Dialogs und der Partnerschaft für Frieden und Sicherheit durch eine »Allianz der Zivilisation« der UN	+ Stärkung der Rolle der UN und des Sicherheitsrates + Unterstützung der Kandidatur Luxemburgs für einen Sitz im UN-Sicherheitsrat für den Zeitraum 2013-2014	+ Stärkung der UN bei der Verbesserung der Interventionskapazitäten, um die Verantwortung im Rahmen der UN-Friedensmissionen gerecht zu verteilen + Entscheidung über militärische Einsätze liegt beim UNO-Sicherheitsrat	+ Reform der UN + UN, NATO und EU setzen sich gemeinsam für Frieden und Stabilität in der Welt ein
Andere Organisationen	+ Reform der WTO, der Weltbank und des IWF im Hinblick auf Entscheidungsprozesse		+ Stärkung internationaler Organisationen	+ Reform der EIB, der EBWE und der Weltbank

2.4 Bürgerrechte und Migration¹⁰

2.4.1 Demokratisches und bürgernahes Europas

Demokratisches und bürgernahes Europa	BSP/Bulgarien	SPD/Deutschland	SDP/Finnland	PS/Frankreich
Politische und rechtliche Maßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> + Forderung nach Gleichbehandlung aller EU-Bürger, womit insbesondere die Benachteiligung bulgarischer Bürger im Bereich Mobilität sowie die Anerkennung erworbener Kenntnisse im Bildungsbereich gemeint ist; dazu beitragen kann ein schneller Beitritt Bulgariens zum Schengen-Abkommen + Anerkennung der bulgarischen Sprache und Schrift durch die EU 	<ul style="list-style-type: none"> + Stärkung der Grund- und Bürgerrechte, insbesondere im Bereich Datenschutz sowie ein Mindestmaß an Sicherheit bei Strafverfahrensrechten in allen EU-Mitgliedstaaten + kontinuierliche Weiterentwicklung des Rechts zur Ausübung der Unionsbürgerschaft im Bereich Freizügigkeit, des Europawahlrechts und des Rechts zur Teilnahme an den Kommunalwahlen + langfristiges Ziel ist eine europäische Verfassung als Fundament einer föderalen und demokratischen Bürgerunion 	<ul style="list-style-type: none"> + Stärkung der Demokratie durch eine Registrierung von Lobbyisten und Interessensgruppen + mehr Partizipationsmöglichkeiten für NGOs, die ihre Ansichten zur Entscheidungsfindung den zuständigen Behörden der EU mitteilen können sollten 	<ul style="list-style-type: none"> + Vertiefung der Demokratie in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit, Politik, Soziales und Wirtschaft für mehr Bürgernähe
Demokratisches und bürgernahes Europa	Labour/Irland	LSAP/Luxemburg	SPÖ/Österreich	Labour/Vereinigtes Königreich
Politische und rechtliche Maßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> + Einführung eines offiziellen Registers für Lobbyisten und Lobbyagenturen, mit der Aufforderung, sich und ihre Klienten, Aktivitäten, Verträge mit gewählten Vertretern, Beamten und anderen offiziellen Vertretern, dort einzutragen + durch Mitbestimmung und Ratifizierung des nächsten irischen Kommissars durch das irische Parlament soll mehr Demokratie erreicht werden 	<ul style="list-style-type: none"> + Einführung eines gemeinsamen europaweiten Feiertages am 9. Mai, dem Tag, an dem der Wegbereiter der europäischen Einigung, Robert Schumann, seine Idee einer Neukonstruktion Europas erstmals erläuterte. + bessere Information und Transparenz über die EU-Abgeordneten durch regelmäßige Berichte des Luxemburger »Chamber-TV« und des »Chamber-bliedchen-TV« + Vermittlung von Werten und Errungenschaften der europäischen Integration im Bildungsbereich z. B. in Mobilitätsprogrammen 	<ul style="list-style-type: none"> + mehr politische Mitbestimmungsrechte für europäische Bürgerschaft + Stärkung des EP hin zu einer vollwertigen gesetzgebenden Vertretung der Bürger und zu einer besseren Kooperation mit den nationalen Parlamenten + Stärkung der Grund- und Bürgerrechte, die die Verbindlichkeit zur EU-Grundrechtecharta einschließlich der sozialen Grundrechte umfasst 	<ul style="list-style-type: none"> + mehr politische Mitbestimmungsrechte für europäische Bürgerschaft + Stärkung des EP hin zu einer vollwertigen gesetzgebenden Vertretung der Bürger und zu einer besseren Kooperation mit den nationalen Parlamenten + Stärkung der Grund- und Bürgerrechte, die die Verbindlichkeit zur EU-Grundrechtecharta einschließlich der sozialen Grundrechte umfasst

10. Zur Ergänzung des Themas »Bürgerrechte« siehe auch »Soziale Grundversorgung« sowie »Chancengleichheit und Armutsbekämpfung« unter »Soziales«.

2.4.2 Verbraucherrechte und Datenschutz

Verbraucherrechte und Datenschutz	BSP/Bulgarien	SPD/Deutschland	SDP/Finnland	PS/Frankreich
Stärkung der Verbraucherrechte		+ Stärkung des Verbraucherschutzes durch hohe Qualitätsstandards bei Produkten, mehr Transparenz und verbesserte Verbraucherinformationen sowie eine gestärkte Rechtsstellung der europäischen Verbraucher	+ Stärkung der Verbraucherrechte unter anderem durch stärkeren Wettbewerb und eine angemessene Kennzeichnung, insbesondere von Chemikalien und Zusatzstoffen	
Datenschutz		+ Verbesserung des europaweiten Datenschutzes		
Verbraucherrechte und Datenschutz	Labour/Irland	LSAP/Luxemburg	SPÖ/Österreich	Labour/Vereinigtes Königreich
Stärkung der Verbraucherrechte	+ Stärkung der individuellen und kollektiven Verbraucherrechte; dies betrifft beispielsweise das Passagierrecht bei Flügen bzw. in Bussen, Zügen und bei Seefahrten + Verbesserung der Reaktionsmöglichkeiten von Kunden auf irreführende Werbung von Unternehmen		+ Stärkung der Verbraucherrechte in den Bereichen Lebensmittel- und Produktsicherheit; dazu gehören auch entsprechende Kontrollen an den EU-Außengrenzen + Anbau von gentechnisch manipuliertem Saatgut oder die Freisetzung entsprechender Organismen muss nationalem österreichischem Recht obliegen und darf nicht von der EU bestimmt werden	+ Einführung einer neuen Richtlinie für Verbraucherrechte mit hohen Standards für den Verbraucherschutz + mehr Rechte für Online-Käufer
Datenschutz			+ Datenschutzbestimmungen müssen europaweit gelten	

2.4.3 Bildung¹¹

Bildung	BSP/Bulgarien	SPD/Deutschland	SDP/Finnland	PS/Frankreich
Bildung und Forschung	<ul style="list-style-type: none"> + Erweiterung der EU-Haushaltsmittel für Bildung + Gewährleistung eines gleichberechtigten und vollen Zugangs zu »lebenslangem Lernen« mit Konzentration auf Menschen ohne Schulabschluss + Einführung von Maßnahmen zur Bekämpfung des wachsenden Analphabetismus bei jungen Menschen + Ausbau der EU-Programme zur Förderung des Erlernens von Sprachen und der Mobilität + Förderung von Innovation und Kreativität durch Schaffung eines einheitlichen Forschungsraums Europa 	<ul style="list-style-type: none"> + Erhöhung der Bildungsausgaben durch einen sozialen Stabilitätspakt gemessen an der jeweiligen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Länder + stärkerer Ausbau von Ganztags-schulen 	<ul style="list-style-type: none"> + Erweiterung der Möglichkeiten für mehr Mobilitäts Erfahrungen und den Erwerb von Sprachkenntnissen + bessere Finanzierung von Austauschprogrammen im Studium und in der Ausbildung, auch für diejenigen, die bereits in Beschäftigung oder Ausbildung sind bzw. ältere Arbeitnehmer; das bestehende Erasmus-Programm sollte ausgebaut werden + Bildung muss kostenlos sein 	<ul style="list-style-type: none"> + mehr Anstrengungen im Bereich der Bildung zur Sicherung und Schaffung von Beschäftigung
Bildung	Labour/Irland	LSAP/Luxemburg	SPÖ/Österreich	Labour/Vereinigtes Königreich
Bildung und Forschung	<ul style="list-style-type: none"> + Förderung des Zugangs zu »lebenslangem Lernen« + Erhöhung der Ausgaben für Mobilitäts- und Bildungsprogramme 	<ul style="list-style-type: none"> + Verbesserung der Mobilitätschancen 	<ul style="list-style-type: none"> + Unterstützung intensiver Austauschprogramme für junge Menschen + Stärkung der Investitionen in Bildung 	<ul style="list-style-type: none"> + Förderung der Mobilitäts- und Bildungsprogramme der EU (wie z.B. Sokrates, Erasmus)

11. Zur Ergänzung des Thema »Bildung« siehe auch »Arbeitsmarktpolitik« unter »Soziales«.

2.4.4 Migration

Migration	BSP/Bulgarien	SPD/Deutschland	SDP/Finnland	PS/Frankreich
Einwanderungspolitik	+ Maßnahmen zur Integration von Migranten	+ Vortreiben einer einheitlichen und kohärenten europäischen Einwanderungspolitik für gemeinsame Grundsätze zur Regelung und Steuerung von Migration + Steigerung der Attraktivität der Arbeitsbedingungen in Europa für hochqualifizierte Migranten	+ Regelung der Rechte und Pflichten von Arbeitnehmern aus Ländern außerhalb der EU; es darf kein zweistufiger Arbeitsmarkt entstehen + Kontrolle der Einwanderungspolitik + Anwendung gemeinsamer Regelungen und Politiken bei der Integration von Einwanderern zur Verhinderung von Ghettobildungen	+ Förderung der Zusammenarbeit im Bereich Migration
Asylpolitik		+ Aufbau eines gemeinsamen europäischen Asylsystems mit hohem Schutzfaktor; Ausweitung der Rechtsstandards, Stärkung der Regeln im Bereich der humanitären Hilfe und des Flüchtlingsschutzes sowie eine verbesserte Zusammenarbeit der nationalen Asylbehörden		+ Förderung der Zusammenarbeit im Bereich Einwanderung von Flüchtlingen
Illegale Einwanderung	+ vorbeugende Maßnahmen zur Eindämmung illegaler Einwanderung			

Migration	Labour/Irland	LSAP/Luxemburg	SPÖ/Österreich	Labour/Vereinigtes Königreich
Einwanderungspolitik	<ul style="list-style-type: none"> + Unterstützung gemeinsamer Standards bei legaler Migration in der EU, die das Recht der Mitgliedstaaten berücksichtigen + Erarbeitung einer europäischen Charta für die Integration von Migranten 	<ul style="list-style-type: none"> + Einführung gemeinsamer Standards für Migration; gleichzeitig enge Zusammenarbeit mit den Herkunftsändern + Schaffung guter Integrationsbedingungen durch eine europäische Charta für die Integration von Migranten 	<ul style="list-style-type: none"> + nationale Regelung von Zuwanderung und Zugang zum Arbeitsmarkt 	<ul style="list-style-type: none"> + stärkere europäische Zusammenarbeit im Bereich Migration, mit der Möglichkeit zum »opt-out« bei weiterführenden Maßnahmen
Asylpolitik	<ul style="list-style-type: none"> + Unterstützung bei der Entwicklung eines gemeinsamen Asylsystems 	<ul style="list-style-type: none"> + Vorgehen gegen den Missbrauch von gesetzlichen Bestimmungen beim Asylrecht 	<ul style="list-style-type: none"> + gemeinsames europäisches Asylsystem zur Entlastung Österreichs, das im Spitzenfeld der Aufnahme von Asylbewerbern liegt 	<ul style="list-style-type: none"> + EU-weiter Austausch von Informationen zur Verhinderung paralleler Antragsstellung von Asylsuchenden + Das Vereinigte Königreich behält sich vor, an gemeinsamen Asylmaßnahmen teilzunehmen
Illegale Einwanderung	<ul style="list-style-type: none"> + Stärkung europäischer Bemühungen zur Bekämpfung illegaler Migration durch eine gemeinsame Grenzpolizei sowie die Zusammenarbeit mit Drittländern gegen kriminelle Netzwerke 	<ul style="list-style-type: none"> + Bekämpfung von illegaler Einwanderung durch die Entwicklung einer gemeinsamen Grenzschutzpolitik sowie einer engen Zusammenarbeit mit Drittländern zwecks Rückführung illegaler Einwanderer 	<ul style="list-style-type: none"> + Bekämpfung illegaler Zuwanderung 	<ul style="list-style-type: none"> + entschlossenes Handeln gegen illegale Migration

2.5 Umwelt, Landwirtschaft und Energie

2.5.1 Klima- und Energiepolitik

Klima- und Energiepolitik	BSP/Bulgarien	SPD/Deutschland	SDP/Finnland	PS/Frankreich
<p>Ziele und Koordination der Klima- und Energiepolitik</p>	<ul style="list-style-type: none"> + Forderung nach einer Reduzierung von globalen Treibhausgasemissionen um 30 Prozent bis 2020 beim UN-Gipfel 2009 + Einrichtung eines globalen Forums für Energie und Entwicklung + Erweiterung der Produktion und Verwendung von Biokraftstoffen zur Verringerung der Emissionen im Handels- und Passagierverkehr + Förderung der Nutzung erneuerbarer Energien zur Verbesserung der Energieversorgungssicherheit 	<ul style="list-style-type: none"> + Sicherung der EU-Vorreiterrolle im internationalen Klimaschutz mit einem umfassenden EU-Klima- und Energiepaket; Deutschland soll die nationalen CO₂-Emissionen um 40 Prozent bis 2020 verringern + geschlossenes Auftreten bei internationalen Klimaverhandlungen für den Einsatz nachhaltiger Ziele nach Auslaufen des Kyoto-Protokolls 2012 + Ausbau der Technologieentwicklung im Bereich der erneuerbaren Energien 	<ul style="list-style-type: none"> + entschlossene Umsetzung des EU-Klima- und Energiepakets zur Verringerung der eigenen Treibhausgasemissionen in der EU und zur Ausübung von Druck, damit auch der Rest der Welt Maßnahmen gegen den Klimawandel ergreift + Sicherstellung der EU-Vorreiterrolle mit dem Ziel beim UN-Gipfel 2009 eine Einigung unter allen Ländern zu erreichen, die Emissionen bis 2020 um 30 Prozent zu verringern + Einführung einer breit angelegten Richtlinie für Klimaschutz, die alle Sektoren umfasst + Schaffung gemeinsamer Regeln und Rahmenbedingungen zur verstärkten Nutzung erneuerbarer Energien; + Ziel: 20 Prozent erneuerbare Energien bis 2020 	<ul style="list-style-type: none"> + Ziel: EU-Führungsrolle im weltweiten Kampf gegen den Klimawandel
<p>Energiemarkt und Energieversorgung</p>	<ul style="list-style-type: none"> + Entwicklung einer nachhaltigen Energiepolitik, die auf Versorgungssicherheit und Diversifizierung der Energiequellen und der Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten im Falle einer Energiekrise basiert + Verteidigung der Kernkraft, d. h. gemeinsame Sicherheitsstandards für den Ausbau von Kernenergie sowie die Überwachung von bestehenden und neuen Kernkraftwerken in der EU + Realisierung von grenzüberschreitenden Gas- und Stromnetzen sowie Ölpipelines zur Gewährleistung der Energieversorgung, wie z. B. die Pipelines Nabucco und South Stream sowie die Burgas-Alexandroupolis-Pipeline 	<ul style="list-style-type: none"> + Weiterentwicklung einer gemeinsamen Energiepolitik der EU-Mitgliedstaaten zur Gewährleistung einer sicheren und nachhaltigen Energieversorgung + Europaweiter Atomausstieg und Förderung erneuerbarer Energien 		



	Labour/Irland	LSAP/Luxemburg	SPÖ/Österreich	Labour/Vereinigtes Königreich
Klima- und Energiepolitik				
Ziele und Koordination der Klima- und Energiepolitik	<ul style="list-style-type: none"> + Sicherung der EU-Vorreiterrolle beim UN-Gipfel 2009 mit dem Ziel, die Emissionen um 30 Prozent bis 2020 zu reduzieren und die Entwicklungsländer beim Klimaschutz zu unterstützen + Einführung einer umfassenden EU-Klimaschutz-Richtlinie + Einrichtung eines globalen Forums für Energie und Entwicklung + Gewährleistung der Revision der Biokraftstoff-Richtlinie, damit sie sich nicht negativ auf Kosten der Nahrungsmittelproduktion, des Umweltschutzes oder der Biodiversität auswirkt + Einführung einer Bioabfallrichtlinie + Überprüfung der Energerichtlinie für Gebäude 	<ul style="list-style-type: none"> + Förderung des Ziels auf dem UN-Gipfel 2009, eine Einigung zu erlangen, die CO₂-Emissionen um 30 Prozent bis 2020 zu reduzieren + gemeinsame Energiepolitik mit dem Ziel, bis 2020 die erneuerbaren Energien um 20 Prozent zu steigern 	<ul style="list-style-type: none"> + geschlossenes Auftreten bei internationalen Klimaverhandlungen und Drängen auf weitreichende Ziele nach Ablauf des Kyoto-Protokolls + Steigerung der Energieeffizienz und Ausbau erneuerbarer Energien + Maßnahmen zur Reduktion des höchstzulässigen Schadstoffausstoßes bei europäischen Neuwagen und gezielter Ausbau des öffentlichen Personenverkehrs 	<ul style="list-style-type: none"> + Ziel: EU-Vorreiterrolle im Kampf gegen Klimaveränderung und Förderung einer niedrigen Kohlenstoff-Wirtschaft + Erreichung eines globalen Deals bezüglich des Klimawandels auf dem UN-Gipfel 2009 in Kopenhagen + Förderung der Investitionen der Industrie in eine kohlenstoffarme Energienutzung + Förderung der Entwicklung einer neuen Generation erneuerbarer Energien + Förderung alternativer Energiequellen
Energiemarkt und Energieversorgung	<ul style="list-style-type: none"> + besseres Monitoring von Atomkraftwerken in der EU; Einführung einer Auslaufklausel im Vertrag von Euratom + Entwicklung einer europäischen Energiepolitik; hierzu gehört die Förderung grenzüberschreitender Energienetzwerke, z. B. bei der Windenergie 		<ul style="list-style-type: none"> + Entwicklung einer gemeinsamen Energieaußenpolitik mit den größten Versorger-, Verbraucher- und Transitländern + Ziel: kernkraftfreies Europa 	<ul style="list-style-type: none"> + geschlossenes Auftreten der EU im Hinblick auf die Energiesicherheit + Verbesserung des Energiehandels innerhalb Europas + Sicherung eines liberalisierten Energiemarktes, um Energierechnungen für Familien im Vereinigten Königreich zu verringern und Jobs zu sichern

2.5.2 Umwelt- und Tierschutz

Umwelt und Tierschutz	BSP/Bulgarien	SPD/Deutschland	SDP/Finnland	PS/Frankreich
Umwelt- und Tierschutzpolitik	<ul style="list-style-type: none"> + Stärkung der EU-Führungsrolle auf den Gebieten Forschung und Entwicklung einer intelligenten Umweltpolitik 	<ul style="list-style-type: none"> + Förderung des allgemeinen Umweltschutzes + EU-Vergaberichtlinien sollen neben sozialen auch ökologische Kriterien beinhalten + Einrichtung eines globalen UN-Rates für Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik 	<ul style="list-style-type: none"> + Verschärfung und Umsetzung der Rechtsvorschriften für Tierschutz 	<ul style="list-style-type: none"> + EU-Führungsrolle im Kampf gegen Umweltverschmutzung
Umwelt und Tierschutzpolitik	<ul style="list-style-type: none"> + Einführung einer sozialen Fortschrittsklausel, die neben sozialen auch Umweltaspekte berücksichtigt + Einführung der EU-Umweltstandards in Irland, insbesondere die der Aarhus-Konvention 	LSAP/Luxemburg	SPÖ/Österreich	Labour/Vereinigtes Königreich
			<ul style="list-style-type: none"> + Schutz der nationalen Wasserréserven + gerechte Verteilung ökologischer Kosten; Unternehmen sollen Verantwortung übernehmen und grüne Technologien nutzen + bessere Regelungen für Tiertransporte 	<ul style="list-style-type: none"> + Unterstützung einer Strategie für eine nachhaltige Politik des grünen Wachstums und Stärkung der europäischen Führungsrolle auf dem Gebiet der Entwicklung neuer grüner Technologien und Produkte + Förderung des Konsums grüner Produkte durch die Senkung der Mehrwertsteuer auf umweltfreundliche inländische Waren

2.5.3 Landwirtschaft und Fischerei

	BSP/Bulgarien	SPD/Deutschland	SDP/Finnland	PS/Frankreich
Landwirtschaft und Fischerei				
Landwirtschafts- und Fischereipolitik	+ Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit bulgarischer Landwirte in der EU	+ Förderung einer ökologischen Landwirtschaft + Reduzierung der Ausgaben für die GAP	+ Bindung von Landwirtschaftssubventionen an umweltschonende Maßnahmen im EU-Budget	+ Gewährleistung der Qualität und Lebensmittelsicherheit durch eine neue GAP und eine neue Fischereipolitik
	Labour/Irland	LSAP/Luxemburg	SPÖ/Österreich	Labour/Vereinigtes Königreich
Landwirtschaft und Fischerei				
Landwirtschafts- und Fischereipolitik	+ Unterstützung einer GAP, die ländliche Entwicklungen einbezieht + Stärkung der irischen Agrarwirtschaft und der ländlichen Entwicklung durch Fördergelder der EU		+ keine Freisetzung genmanipulierter Pflanzen und kein Einsatz von Gentechnik in der österreichischen Landwirtschaft; hierfür muss weiterhin nationales Recht bestimmend sein	+ Reform des Haushalts im Bereich der GAP

3. Analytische Zusammenfassung: Sozialdemokratische Europawahlprogramme im Vergleich

Auf Basis des tabellarischen Vergleichs der Europawahlprogramme acht sozialdemokratischer Parteien erfolgt nun die analytische Zusammenfassung der Untersuchung, indem die fünf identifizierten Themenbereiche in Folge betrachtet werden.

Es werden nur diejenigen politischen Forderungen als Gemeinsamkeiten hervorgehoben, die mindestens vier von acht Parteien vertreten. In einigen Fällen erfolgt eine Konkretisierung der Gemeinsamkeit durch die Hervorhebung von Positionen einzelner oder mehrerer Parteien. Was die Unterschiede betrifft, so werden diese in Form von politischen Forderungen einer oder mehrerer Parteien aufgezeigt. Am Ende der Zusammenfassung steht ein Fazit.

3.1 Wirtschaft und Finanzen

Die Themen Wirtschaft und Finanzen werden bei den Europawahlen 2009 vor dem Hintergrund der 2007 ausgebrochenen Finanzkrise diskutiert. Die sozialdemokratischen Parteien legen in ihren Wahlprogrammen einen Schwerpunkt auf die zukünftige Kontrolle und Koordinierung der Wirtschafts- und Finanzmärkte. Außerdem werden mit Blick auf die Krise auch die Kriterien für die Vergaberechte und den EU-Haushalt thematisiert. Zu den einzelnen Positionen der Parteien im Folgenden mehr.

Kontrolle von Wirtschafts- und Finanzmärkten

Bei der Hälfte der untersuchten Parteien herrscht Einigkeit über die Schaffung neuer beziehungsweise besserer Instrumente zur Koordinierung bestehender nationaler und internationaler Finanzmarkt-Aufsichtsbehörden (SPD, SDP, LSAP, SPÖ). Sie sollten laut der Wahlprogramme in Zukunft als Frühwarnsysteme und Ratgeber für stabile Finanzmärkte agieren. Die deutschen und finnischen Sozialdemokraten heben diesbezüglich den Internationalen Währungsfonds (IWF) hervor, dessen Funktion als Aufsichtsstelle in Zukunft noch erweitert werden sollte.

Zudem fordern im Zuge der Finanzkrise die meisten Parteien eine höhere Transparenz und strengere Anforderungen an Banken, Finanz- und Wirtschaftsunterneh-

men (BSP, SPD, SDP, Labour IE, LSAP), und sprechen sich geschlossen für eine bessere europäische Rechtsetzung aus. Der überwiegende Teil der Parteien hebt die Erhöhung von Eigenkapitalquoten der Banken und bankähnlicher Institute hervor (BSP, SPD, Labour IE, LSAP). Als kritisch wird von der SPD der Privatisierungs- und Liberalisierungsdruck der EU-Kommission auf das dreigliedrige deutsche Bankensystem gesehen. Die SPD fordert dessen Erhalt, da es sich gerade in der Finanzkrise als leistungsfähiger und stabilisierender Faktor bewährt habe.

Zur besseren Kontrolle der Finanzmärkte stimmt eine große Anzahl der Parteien zusätzlich einer Prüfung und stärkeren Transparenz der Ratingagenturen zu (SPD, SDP, LSAP, SPÖ). Ihnen wird vorgeworfen, zur Verschärfung der Finanzkrise beigetragen zu haben. Große Einigkeit herrscht zudem bei der Einführung einer Regulierung von Managerbezügen (BSP, SPD, SDP, Labour IE, LSAP, SPÖ).

Koordinierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik

Die Mehrheit der hier betrachteten sozialdemokratischen Parteien will die Koordinierung in der Finanz- und Wirtschaftspolitik auf europäischer Ebene ausbauen (BSP, SPD, SDP, PS, SPÖ). Was das allerdings konkret bedeutet, darauf gehen die Parteien wenig ein. Die SPD schlägt als Ziel eine europäische Finanzmarktarchitektur mit dem Leitbild der sozialen Marktwirtschaft vor. Als Befürwortung einer stärkeren Zusammenarbeit können auch die Positionen der Parteien bewertet werden, die noch nicht in der Eurozone sind: Die BSP fordert eine aktive Unterstützung Bulgariens für einen Beitritt zur WWU. Auch die britische Labour Partei hebt in ihrem Wahlprogramm hervor, dass man generell für eine Teilnahme des Vereinigten Königreichs an der gemeinsamen Währung sei, zuvor jedoch die fünf Wirtschaftstests, die von der Regierung 1997 aufgestellt wurden, erfüllt sein müssten. Diese fordern von der gemeinsamen Währung, neben der Sicherstellung von Stabilität, Wachstum und Beschäftigung, auch eine Verbesserung der Wettbewerbsposition des Finanzdienstleistungssektors und die langfristige Förderung aus- und inländischer Investitionstätigkeit im Vereinigten Königreich.

Die Stärkung des Binnenmarktes einschließlich der Beseitigung bestehender Hürden zur Verwirklichung der Binnenmarktfreiheiten ist weiterhin ein wichtiges Kriterium für die meisten Parteien (BSP, SPD, Labour IE, Labour UK).

Daran werden in einigen Wahlprogrammen nationale Interessen gekoppelt: So kritisiert die SPD die Benachteiligung der deutschen Sprache auf EU-Ebene, was bei der Nutzung des gemeinsamen Binnenmarktes zu Wettbewerbsnachteilen und bürokratischem Zusatzaufwand für den deutschen Mittelstand führe. Die britische Labour Partei hebt im Zusammenhang mit der Stärkung des Binnenmarktes den möglichen ökonomischen Mehrwert für die eigene Bevölkerung hervor. Die bulgarische BSP fordert als neues EU-Mitgliedsland den schnellen Beitritt zum Schengen-Abkommen, damit der Zugang für ausländische Investoren zum eigenen Land erleichtert wird.

Die Mehrheit der untersuchten Parteien stimmt einer Harmonisierung von Steuersätzen, bei gleichzeitiger Verhinderung von Schattenwirtschaften beziehungsweise Steuerdumping, zu (alle außer der BSP). Trotz dieser Einigkeit könnte die Debatte zu Unstimmigkeiten führen, da einige Länder von den unterschiedlichen Steuersätzen profitieren und die daraus entstehenden Vorteile nicht einbüßen wollen. Die irische Labour Partei etwa verteidigt die niedrige Unternehmenssteuer in Irland und will, dass dieser Bereich auch weiterhin in der Kompetenz der Mitgliedstaaten verbleibt. Auch die luxemburgische LSAP hat Interesse daran, dass die Steuersätze in ihrem Land weiterhin attraktiv bleiben. Gleichzeitig geht sie davon aus, dass nationale Steuernischen aufgrund des Harmonisierungsdrucks verschwinden, was auf Dauer auch den günstigen Kraftstoffexport und damit den sogenannten »Sprit-Tourismus« aus den angrenzenden Nachbarstaaten nach Luxemburg betreffen wird.

EU-Haushalt und Vergaberechte

Die überwiegende Mehrheit der Parteien fordert eine Umstrukturierung des EU-Haushalts (alle außer LSAP). Dabei werden unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt, die allerdings nicht so leicht zu vereinen zu sein scheinen: Während Parteien aus wirtschaftlich ärmeren Ländern, wie beispielsweise Bulgarien, eine Erhöhung der Haushaltsmittel und eine stärkere Beteiligung des eigenen Landes an den Kohäsionsfonds fordern, pocht die SPD für Deutschland als größtem Nettozahler auf einen fairen Lastenausgleich zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten. Gemeinsam mit der französischen PS fordert sie eine eigene Einnahmequelle der EU, was weniger Zuweisungen aus den nationalen Haushalten bedeuten würde.

Regelungen zu den EU-Vergaberichtlinien und der Investitionsförderung werden von den sozialdemokratischen Parteien insbesondere im Zusammenhang mit der Stärkung wirtschaftlich schwacher Bereiche benannt (alle außer Labour UK). Die Mittel im Bereich Kohäsions- und Strukturpolitik sowie eine verbesserte Kreditvergabe an krisengeschüttelte Unternehmen werden in den Vordergrund gestellt. Insbesondere die Parteien aus wirtschaftlich relativ armen Mitgliedstaaten wie Bulgarien und Irland fordern in diesen Bereichen Mittel für ihre Länder ein.

3.2 Soziales Europa

Das soziale Europa stellt einen Schwerpunkt in den Wahlprogrammen dar, der alle sozialdemokratischen Parteien verbindet. Darunter werden unterschiedliche Themenbereiche zusammengefasst, auf die im Folgenden eingegangen wird: Der Bereich Arbeit und Beschäftigung, Arbeitnehmermitbestimmung, soziale Grundversorgung, kommunale Selbstversorgung sowie Chancengleichheit, Armutsbekämpfung und soziale Gesetzgebung.¹²

Arbeit und Beschäftigung

Die sozialdemokratischen Parteien sprechen sich alle für mehr standardisierte Regelungen im Bereich Arbeit und Beschäftigung aus. Einen breiten Konsens gibt es für die Einführung europäischer Mindestlöhne (BSP, SPD, PS, LSAP). Eine Differenz zeigt sich beim Thema Arbeitnehmerfreizügigkeit: Während die BSP für Bulgarien den Schutz der sozialen Rechte von bulgarischen Arbeitsmigranten mit Wohnsitz in einem anderen EU-Mitgliedstaat hervorhebt und schnellstmöglich dem Schengen-Abkommen beitreten möchte, betont die SPÖ im Hinblick auf die östlichen Nachbarstaaten die volle Ausschöpfung der spezifischen Übergangsfristen für die Arbeitnehmerfreizügigkeit.

12. Hier wurde sich auf die Bereiche konzentriert, die mehrheitlich von den sozialdemokratischen Parteien unter dem Begriff »Soziales Europa« subsumiert wurden. Darüber hinaus gibt es Schnittpunkte mit anderen Politikbereichen wie zum Beispiel mit dem Themenkomplex »Bürgerrechte und Migration«.

Arbeitsmarktpolitik

Die Parteien sind sich im Punkt Arbeitsmarktpolitik einig, dass es hier in erster Linie um die Sicherung von Arbeitsplätzen und die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit gehen muss. Diese Meinung wird durch die unsichere Situation auf dem Arbeitsmarkt in der Finanzkrise bestärkt. Einige sozialdemokratische Parteien schließen sich dem Vorschlag im Wahlmanifest der SPE an, den Schwerpunkt auf einen sogenannten »Green New Deal« zu legen, welcher zehn Millionen Arbeitsplätze bis 2020 schaffen könnte (SDP, PS, LSAP, SPÖ). Davon sollen zwei Millionen Stellen im Bereich der erneuerbaren Energien liegen. Die Parteien stimmen zudem darin überein, dass bei der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und zur Sicherung der Arbeitsplätze auch eine beschäftigungsorientierte Weiterbildung gefördert werden muss (alle außer LSAP).

Arbeitnehmermitbestimmung

Die Mitbestimmung von Arbeitnehmern soll auf Europa ausgeweitet werden. Die Mehrheit der sozialdemokratischen Parteien stimmt einer Stärkung der Mitbestimmungsrechte auf europäischer Ebene zu. Dies beinhaltet beispielsweise für die deutschen und irischen Sozialdemokraten auch die Schaffung einer gemeinsamen Rechtsgrundlage für grenzüberschreitende Tarifverhandlungen und -verträge. Die bulgarischen Sozialdemokraten gehen bei der Beteiligung von Arbeitnehmern einige Schritte weiter als ihre Schwesterparteien: Demnach sollen Entwicklungen sozialer Formen wirtschaftlicher Aktivität wie Genossenschaften und Erzeugergemeinschaften unterstützt werden.

Unter den Bereich Mitbestimmung fallen außerdem die Stärkung und der Ausbau des Sozialen Dialogs zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern auf europäischer Ebene. Dieser findet bei der Mehrheit der sozialdemokratischen Parteien Zustimmung (BSP, SPD, Labour IE, SPÖ).

Soziale Grundversorgung und kommunale Selbstverwaltung

Die Mehrheit der sozialdemokratischen Parteien fordert eine standardisierte Absicherung im Bereich Soziales (BSP, SPD, SDP, PS, Labour IE, LSAP). Dies umfasst bei den meisten Parteien die Forderung nach einem sozialen Stabi-

litätspakt in Europa, der Sozial- und Bildungsstandards für die Mitgliedstaaten festlegt (BSP, SPD, PS, Labour IE, LSAP). Ziel ist es, eine soziale Grundsicherung für die Bürgerinnen und Bürger zu erreichen. Am konkretesten wird die SPD: Sie will die nationalen Ausgaben in diesem Sektor festlegen, indem diese an die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des jeweiligen Landes gekoppelt werden. Gleichzeitig sollen Entscheidungen über die Erbringung von Dienstleistungen jedoch auf nationaler Ebene verbleiben (SPD, SDP, PS, SPÖ). Besonders die finnischen Sozialdemokraten verteidigen ihr skandinavisches Gesellschaftsmodell. Im Zusammenhang mit der Verteilung der Kompetenzen wird von einigen sozialdemokratischen Parteien auch das kommunale Selbstverwaltungsrecht hervorgehoben, dessen Erhalt und Stärkung im Sinne des Subsidiaritätsprinzips für wichtig erachtet wird (BSP, SPD, Labour IE, SPÖ).

Chancengleichheit und Armutsbekämpfung

Alle sozialdemokratischen Parteien betonen in ihren Wahlprogrammen das Ziel der Gleichstellung der Geschlechter. Die Mehrheit bezieht diese vor allem auf die Gleichstellung der Löhne (alle außer SDP). Außerdem heben einige die Notwendigkeit einer gleichberechtigten Besetzung europäischer Ämter hervor (BSP, SPD, Labour IE, SPÖ).

In den Bereich Chancengleichheit fällt auch das Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Eine große Übereinstimmung findet sich hier in Bezug auf die Erhöhung von Kinderbetreuungsplätzen (BSP, SPD, Labour IE, SPÖ).

Ein weiteres sozialdemokratisches Thema in den Wahlprogrammen ist die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung (BSP, SPD, SDP, Labour IE, SPÖ, Labour UK). Konkret wird hierbei auf die Kinderarmut eingegangen (BSP, SPD, Labour IE, Labour UK) sowie auf die gesellschaftliche Integration von älteren Menschen (BSP, Labour IE, SPÖ).

Auch Antidiskriminierung und Gewaltbekämpfung spielen bei der Mehrheit der Parteien eine Rolle (BSP, SPD, SDP, Labour IE, SPÖ, Labour UK). Hier wird insbesondere die Gewalt gegen Frauen erwähnt (BSP, Labour IE, SPÖ). Die deutschen Sozialdemokraten nennen einen EU-Rahmenbeschluss für gemeinsame europäische Strafrechts-



standards zur Bekämpfung von Hass und Gewalt aus fremdenfeindlichen und rassistischen Gründen.

Soziale Gesetzgebung und Rechtsprechung¹³

Eine große Übereinstimmung findet die Beachtung sozialer Kriterien zum einen bei der Gesetzgebung und zum anderen bei der Rechtsprechung seitens der sozialdemokratischen Parteien (alle außer BPS). Während die SPD beispielsweise beides hervorhebt, konzentrieren sich andere Länder eher auf die Gesetzgebung (Labour IE, LSAP) oder auf die Rechtsprechung (SDP, PS, SPÖ, Labour UK). Letzteres bezieht sich insbesondere auf die soziale Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs im Arbeitnehmerschutz.

3.3 EU in der Welt

Die Rolle der EU in der Welt umfasst bei den untersuchten sozialdemokratischen Parteien in erster Linie ihre Aufgabe als Zivil- und Friedensmacht. Des Weiteren wird im Folgenden auf die Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik der sozialdemokratischen Parteien eingegangen sowie auf ihre Positionen zur internationalen Kriminalitätsbekämpfung, Entwicklungszusammenarbeit und zur Reform der internationalen Organisationen.

EU als Zivil- und Friedensmacht

Alle acht sozialdemokratischen Parteien sehen die EU in ihren Wahlprogrammen als Zivil- und Friedensmacht, um Konflikte weltweit zu lösen. Diese Funktion sollte in Zukunft gestärkt werden. Es gibt jedoch grundsätzliche Unterschiede in der Gewichtung der europäischen Außenpolitik. Die LSAP aus dem kleinen Mitgliedstaat Luxemburg, der als tendenziell pro-europäisch bekannt ist, versteht luxemburgische Außenpolitik als europäische Außenpolitik. Dagegen steht die Position der britischen Labour Partei: Das Vereinigte Königreich hat eine eher kritische Haltung gegenüber der EU, folglich hebt die Labour Partei für die nationale Politik neben der europäischen Außenpolitik noch die Bedeutung der Rolle der Vereinten Nationen und der NATO hervor. In ihrem

Wahlprogramm fordert sie die anderen Mitgliedstaaten auf, sich noch stärker an den Aufgaben zur Bewältigung des Konflikts in Afghanistan unter NATO-Mandat zu beteiligen. Dagegen betonen wiederum die SPÖ und die irische Labour Partei in ihren Wahlprogrammen ihre historisch gewachsene Neutralität in Bezug auf aktuelle und zukünftige Konflikte und sehen in dieser Haltung keinen Widerspruch zur Politik der EU.

Ein weiterer wichtiger Eckpfeiler der Zivil- und Friedenspolitik der EU ist das Bemühen um weltweite Abrüstung, Rüstungskontrollen und die Nichtverbreitung von Waffen. Dieses Bestreben wird von vielen sozialdemokratischen Parteien unterstützt (BSP, SPD, Labour IE, SPÖ). Die SPD betont dabei das Ziel einer Welt ohne Atom- und Massenvernichtungswaffen.

Einig ist sich die Mehrheit der Parteien auch darin, dass man eine stärker europäisch geprägte Verteidigungspolitik benötigt (alle außer Labour IE). Eine unterschiedliche Akzentuierung wird dabei allerdings in Bezug auf die Rolle der NATO gesetzt: Während die französische PS betont, dass eine intakte europäische Verteidigungsstruktur keine Unterordnung unter die Politik der NATO bedeutet, stellt für die britische Labour Partei die NATO weiterhin den Hauptbezugspunkt bei der kollektiven Verteidigung dar. Die Weiterentwicklung der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) wird von den Briten nicht als Konkurrenz, sondern als Ergänzung zu NATO und UN gesehen. Als akutes Krisengebiet wird bei den meisten Parteien der Nahe Osten und die Notwendigkeit der Stärkung des dortigen Friedensprozesses genannt (SDP, PS, Labour IE, LSAP). Zwischen Israel und Palästina sollte dabei eine Zwei-Staaten-Lösung forciert werden (SDP, Labour IE, LSAP).

Erweiterung, Nachbarschaftspolitik und bilaterale Beziehungen

Die Mehrheit der sozialdemokratischen Parteien spricht sich für eine Fortsetzung der EU-Erweiterung aus. Als potenzielle Beitrittskandidaten werden die Türkei, Kroatien, Mazedonien, Serbien u.a. genannt (BSP, SPD, SDP, Labour IE, LSAP). Große Uneinigkeit besteht im Hinblick auf den Beitritt der Türkei zur EU. Hier werden vier verschiedene Meinungen von den Parteien vertreten: Die SPD und die SDP unterstützen das Ziel des EU-Beitritts der Türkei, während sich die BSP und die LSAP für einen

13. Zur Ergänzung sozialer Kriterien bei Vergaberechten siehe »EU-Haushalt und Vergaberechte« unter »Wirtschaft und Finanzen«

offenen Prozess bei den Verhandlungen aussprechen. Labour IE unterstützt die Beitrittsverhandlungen, geht aber nicht näher darauf ein, was das konkret bedeutet. Die SPÖ steht dem Türkeibeitritt am kritischsten gegenüber und fordert hierzu eine Volksabstimmung oder Volksbefragung. Die SPÖ befürchtet, durch einen Türkeibeitritt würden die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Kapazitäten der EU überschritten. Der Beitritt der Türkei zur EU ist schon seit Langem Bestandteil kontroverser Debatten in Europa, was sich auch innerhalb der sozialdemokratischen Parteien widerspiegelt. Weniger kritisch wird dagegen der Beitritt der westlichen Balkanländer von der Mehrheit der Parteien beurteilt (BSP, SPD, SDP, Labour IE, LSAP). Die SDP wünscht sich für die eigene Region auch den Beitritt Norwegens und Islands zur EU.

Auch auf die Stärkung der Nachbarschaftspolitik als politisches Ziel nehmen einige sozialdemokratische Parteien Bezug (BSP, SPD, SDP, LSAP). Hier findet man unterschiedliche Schwerpunktsetzungen bezüglich nationaler Interessen: So hebt die BSP beispielsweise die Nachbarschaftspolitik in der Schwarzmeer-Union hervor sowie die Politik mit der Republik Moldau und der Ukraine, weil dort eine große bulgarische Minderheit lebt.

Der Fokus bei den bilateralen Beziehungen liegt bei den meisten Wahlprogrammen in der Stärkung der transatlantischen Partnerschaft mit den USA (BSP, SPD, SDP, Labour IE, LSAP, Labour UK). Die BSP und Labour IE heben diesbezüglich die Zusammenarbeit mit der aktuellen demokratischen Regierung der USA hervor. Weitere Länder, mit denen die Parteien die bilateralen Beziehungen stärken wollen, sind Russland (BSP, SPD, SDP, LSAP), China und Indien (BSP, Labour IE) sowie Afrika (Labour IE).

Internationale Kriminalitätsbekämpfung

Im Bereich der internationalen Beziehungen möchte die Mehrheit der sozialdemokratischen Parteien an einer Verbesserung der Zusammenarbeit im Kampf gegen die internationale Kriminalität arbeiten (alle außer PS). Einige Parteien nennen konkret eine bessere Koordinierung im Bereich des Polizei- und Justizwesens (BSP, SPD, SDP, Labour UK).

Entwicklungszusammenarbeit

Die Entwicklungshilfe soll nach Meinung einiger sozialdemokratischer Parteien finanziell aufgestockt werden (BSP, SPD, SDP, LSAP). SPD und SDP beziehen sich hierbei auf das auf dem G8-Gipfel 2005 vereinbarte Versprechen, die Ausgaben für Entwicklungshilfe bis 2010 auf 0,51 Prozent und bis 2015 auf 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zu erhöhen. Die LSAP möchte Luxemburg zum Vorreiter in der Entwicklungshilfe machen und mittelfristig den eigenen Beitrag auf ein Prozent des BIP erhöhen. Zusätzlich sind sich die sozialdemokratischen Parteien mehrheitlich über das Vorhaben, die UN-Millennium-Entwicklungsziele zu erfüllen, einig (SPD, SDP, Labour IE, LSAP, Labour UK).

Auch faire Handelsbeziehungen und Wettbewerbsbedingungen sollen in der zukünftigen Entwicklungszusammenarbeit der EU für die Mehrheit der sozialdemokratischen Parteien eine entscheidende Rolle spielen (SPD, PS, Labour IE, LSAP, SPÖ, Labour UK). Außerdem fordern einige Parteien, die Rolle der Entwicklungsländer in den internationalen Organisationen zu stärken (Labour IE, LSAP, SPÖ, SPD).

Internationale Organisationen

In den Wahlprogrammen findet man bei der Mehrheit der Parteien die Forderung nach einem Ausbau der Rolle der Vereinten Nationen (alle außer SDP). Große Zustimmung findet ihre Funktion bei der globalen Krisenprävention und Friedenssicherung (BSP, SDP, Labour IE, SPÖ, Labour UK). Die LSAP geht in ihrem Wahlprogramm auf das Interesse Luxemburgs ein, von 2013 bis 2014 selbst einen Sitz im UN-Sicherheitsrat einzunehmen. Neben der UN betonen die Parteien die Bedeutung einer Stärkung anderer internationaler Organisationen (SPD, PS, Labour IE, SPÖ, Labour UK), wie zum Beispiel der Weltbank, die in den Programmen in diesem Zusammenhang recht häufig Erwähnung findet (SPD, Labour IE, Labour UK).

3.4 Bürgerrechte und Migration

Im Zusammenhang mit dem Themenbereich Bürgerrechte werden in den Wahlprogrammen Themenschwerpunkte wie beispielsweise demokratische Rechte, Verbraucherrechte, Datenschutz und Bildung genauer be-

trachtet.¹⁴ Der Bereich Migration wird hier unter den Aspekten europäische Einwanderungs- und Asylpolitik sowie illegale Migration untersucht.

Demokratisches und bürgernahes Europa

Eine große Mehrheit der sozialdemokratischen Parteien spricht sich für eine generelle Stärkung der Grund- und Bürgerrechte aus (alle außer Labour UK). In tendenziell pro-europäischen Länder wie Luxemburg und Deutschland werden hierzu weitere Vorstellungen entwickelt: So wünscht sich die SPD langfristig eine Verfassung für die Bürgerinnen und Bürger Europas. Die LSAP möchte gerne den 9. Mai – der Tag, an dem Robert Schuman die Gründung einer Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl vorschlug – als gesetzlichen Feiertag einführen. Außerdem soll die Vermittlung von Werten und Errungenschaften der europäischen Integration im Bildungsbe- reich, wie zum Beispiel den EU-Mobilitätsprogrammen, eine Rolle spielen. Die BSP kritisiert hingegen die aktuelle Situation der europäischen Grund- und Bürgerrechte in Bulgarien, indem sie die Benachteiligung bulgarischer Bürgerinnen und Bürger im Bereich Mobilität und die mangelnde Anerkennung erworbener ausbildungs- und berufsbezogener Kenntnisse in den Vordergrund rückt.

Verbraucherrechte und Datenschutz

Die sozialdemokratischen Parteien stimmen mehrheitlich darin überein, dass die Verbraucherrechte in der EU gestärkt werden sollen (SPD, SDP, Labour IE, SPÖ, Labour UK). Die österreichische SPÖ fordert in diesem Zusammenhang, dass der Anbau von gentechnisch manipuliertem Saatgut oder die Freisetzung entsprechender Organismen nationalem Recht vorbehalten bleibt. Auf die Stärkung des Datenschutzes gehen ausschließlich SPD und SPÖ ein.

Bildung

Mehr Anstrengungen im Bereich Bildung war für alle sozialdemokratischen Parteien ein Thema für die Europa-

14. »Soziale Grundversorgung« sowie »Chancengleichheit und Armutsbekämpfung« können auch als Bürgerrechte definiert werden, sie finden sich bei den sozialdemokratischen Parteien aber noch stärker unter dem Punkt »Soziales« wieder.

wahl 2009. Die Mehrheit ist sich besonders in der Forderung nach Stärkung der finanziellen Mittel einig (BSP, SPD, SDP, PS, Labour IE, SPÖ). Daneben findet auch die stärkere Förderung der EU-Mobilitätsprogramme breite Zustimmung (BSP, SDP, Labour IE, SPÖ, Labour UK).¹⁵

Migration

Das Thema Migration findet in den Wahlprogrammen der Parteien unter drei verschiedenen Aspekten Berücksichtigung: Allgemeine Einwanderungspolitik, Asylpolitik und illegale Einwanderung.

Die Mehrheit der sozialdemokratischen Parteien ist sich darüber einig, dass die Zusammenarbeit im Bereich Einwanderung gestärkt werden muss (alle außer SPÖ). So fordert die LSAP und die irische Labour Partei eine europäische Charta für die Integration von Migranten. Eine Ausnahme bildet hingegen die österreichische SPÖ, die hervorhebt, dass Zuwanderung und der Zugang zum Arbeitsmarkt weiterhin national geregelt sein sollten. Die Labour Partei im Vereinigten Königreich lässt offen, ob Großbritannien an gemeinsamen Maßnahmen zum Thema Migration teilnehmen möchte.

Mehr Zusammenarbeit wünschen sich die Parteien auch in der Asylpolitik. (SPD, PS, SPÖ, Labour IE). Die SPD, die SPÖ und die irische Labour Partei fordern ein gemeinsames europäisches Asylsystem. Die britische Labour Partei möchte sich hingegen auch hier alle Möglichkeiten offenhalten.

Dass illegale Einwanderung gemeinsam bekämpft werden muss, halten der überwiegende Teil der Parteien für notwendig (BSP, SPD, Labour IE, LSAP, SPÖ, Labour UK). Konkret bedeutet dies für die deutschen, irischen und luxemburgischen Sozialdemokraten den Aufbau einer gemeinsamen Grenzschutzpolitik der EU.

3.5 Umwelt, Landwirtschaft und Energie

Dieser Themenkomplex fasst folgende Punkte aus den Wahlprogrammen zusammen: Klima- und Energiepoli-

15. Das Thema »Weiterbildung« findet Berücksichtigung unter »Arbeitsmarktpolitik« beim Punkt »Soziales«.

tik, Umwelt- und Tierschutz sowie Landwirtschaft und Fischerei.

Klima- und Energiepolitik

Alle hier untersuchten sozialdemokratischen Parteien fordern in ihren Wahlprogrammen, dass die EU eine bedeutendere Rolle im Kampf gegen den Klimawandel spielen sollte. Viele erwähnen die Durchsetzung des EU-Ziels zur Reduzierung der CO₂-Emission um 30 Prozent bis 2020 auf dem UN-Gipfel 2009 in Kopenhagen (BSP, SPD, SDP, Labour IE, LSAP). Die deutschen Sozialdemokraten möchten im eigenen Land sogar noch einen Schritt weitergehen und die CO₂-Emissionen um 40 Prozent reduzieren. Gegenüber einer gemeinsamen europäischen Zielsetzung ist die britische Labour Partei eher zurückhaltend und fordert in erster Linie die Erreichung eines globalen Übereinkommens als Ziel auf dem UN-Gipfeltreffen. Große Einigkeit zwischen den Parteien besteht auch beim Kampf gegen den Klimawandel und bei der Förderung von erneuerbaren Energien (BSP, SPD, SDP, LSAP, SPÖ, Labour UK).

Die sozialdemokratischen Parteien sind sich mehrheitlich über die Forderung einer gemeinsamen Energiepolitik einig, die vor allem Energiesicherheit schaffen soll (BSP, SPD, Labour IE, SPÖ, Labour UK). Strittig ist das Thema Atomenergie unter den Parteien. Während die bulgarische Partei den Ausbau neuer Kernkraftwerke im eigenen Land befürwortet, fordern die deutschen, irischen und österreichischen Sozialdemokraten eine kernkraftfreie EU. Zum Thema Energiesicherheit und Energieversorgung nennt die britische Labour Partei die Liberalisierung der Energiemärkte. Die bulgarische BSP spricht sich für die Realisierung grenzüberschreitender Gas- und Stromnetze sowie Ölpipelines aus, bei denen das Land eine wichtige geostrategische Rolle spielen soll.

Umwelt- und Tierschutz

Das Thema Klimaschutz dominiert in den sozialdemokratischen Wahlprogrammen, sodass andere Umweltthemen kaum angesprochen werden. Einig ist man sich jedoch über die generelle Stärkung des Umweltschutzes (BSP, SPD, PS, Labour IE, SPÖ, Labour UK). Das Thema Tierschutz spielt nur bei den finnischen und österreichischen Sozialdemokraten eine Rolle.

Landwirtschaft und Fischerei

Die Förderung der Landwirtschaft durch die EU wird insbesondere von den bulgarischen, irischen und französischen Sozialdemokraten gewünscht, Länder mit großen landwirtschaftlich geprägten Regionen. Eine Reduzierung der Ausgaben in diesem Bereich beziehungsweise eine Reform der gemeinsamen Agrarpolitik wird hingegen von der SPD und der britischen Labour Partei gefordert.


4. Fazit

Die Analyse der Wahlprogramme macht deutlich, dass die sozialdemokratischen Parteien in allen fünf Politikfeldern neben diverser Differenzen zahlreiche Übereinstimmungen aufweisen. Im Folgenden werden drei Gemeinsamkeiten aufgezeigt, die auf Basis der Analyse das größte Potenzial in Bezug auf sozialdemokratische Zukunftsprojekte bieten. Anschließend werden grundlegende Konfliktlinien der Parteien dargelegt.

Als größter gemeinsamer Nenner der sozialdemokratischen Parteien ist das Themenfeld Soziales Europa hervorzuheben. Kern der Übereinstimmung bildet ein sozialer Stabilitätspakt, mit dem Sozial- und Bildungsstandards in den Mitgliedstaaten festgelegt werden sollen. Ziel ist die Erreichung einer sozialen Grundsicherung für die Bürgerinnen und Bürger in Europa. Dieses Projekt könnte einen großen Schritt zur Verwirklichung eines sozialen Europas darstellen.

Die Gestaltung eines sozialen Europas kann nicht getrennt von der wirtschaftspolitischen Koordinierung der EU betrachtet werden. Die sozialdemokratischen Parteien sind sich über eine engere Zusammenarbeit der europäischen Finanz- und Wirtschaftspolitik einig. Weitgehend offen bleibt jedoch die konkrete Ausgestaltung dieser Politik. Die aktuelle Finanz-, Wirtschafts- und Verschuldungskrise zeigt, dass die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten weiter an einer gemeinsamen Positionierung arbeiten sollten, mit dem Ziel, einen mutigen Integrationsritt zu gehen.

Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind überzeugt, dass die EU eine Vorreiterrolle im Kampf gegen den Klimawandel spielen sollte. Mit der Reduzierung der CO₂-Emissionen und einer nachhaltigen Energiepoli-



tik wird auch die Hoffnung verbunden, neue Wirtschaftszweige erschließen und weitere Arbeitsplätze schaffen zu können. Dieses Zukunftsprojekt, das sowohl das soziale als auch das wirtschaftliche Europa einschließt, gilt es nun weiter zu entwickeln.

Nach der Hervorhebung der Gemeinsamkeiten werden im Folgenden grundlegende Konfliktlinien zwischen den sozialdemokratischen Parteien in Europa aufgezeigt, die oft die Zusammenarbeit an gemeinsamen Positionierungen behindern.

Der Teufel steckt bekanntlich im Detail. Das betrifft insbesondere die Wirtschafts- und Finanzpolitik in Europa, bei der die sozialdemokratischen Parteien verstärkt nationale Interessen vertreten. Dies zeigt sich beispielsweise am Festhalten von steuerrechtlichen Privilegien und an der egoistischen Haltung mancher Länder bei der EU-Vergabepolitik. Hier wäre ein stärkeres Solidaritätsdenken unter den sozialdemokratischen Parteien in Europa wünschenswert.

Bei der Rolle, welche die EU in der Welt spielen sollte, geht es auch um die grundsätzliche Frage, wie viel Europa die sozialdemokratischen Parteien wollen. Während die einen ihre nationale Politik mit der europäischen Außenpolitik gleichsetzen, sehen andere die EU nur als ein außenpolitisches Instrument ihrer Nation neben den Vereinten Nationen und der NATO. Auch wenn alle sozialdemokratischen Parteien für eine starke außenpolitische Rolle der EU sind, birgt diese unterschiedliche Prioritätensetzung Schwierigkeiten für eine künftige Konsensfindung.

Mit dem umstrittenen EU-Türkeibeitritt wird eine weitere grundsätzliche Frage gestreift: Welches Europa wollen die sozialdemokratischen Parteien? Obwohl die EU bereits Verhandlungen mit dem Ziel eines Beitritts der Türkei führt, wird dieses Thema von den Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Europa weiterhin äußerst kontrovers diskutiert. Die europäische Sozialdemokratie täte gut daran, ihre Meinungsverschiedenheiten zu beenden und eine einheitliche Positionierung zu finden.

Es ist illusorisch zu denken, dass die sozialdemokratischen Parteien in allen politischen Themen jemals gleicher Meinung sein werden. Dies würde auch nicht dem Grundsatz der kulturellen Vielfalt in Europa entsprechen. Vielmehr geht es darum, einen konstruktiven Dialog zwischen den

Parteien zu führen, um gemeinsame Zukunftsprojekte eruiieren und Unterschiede richtig bewerten zu können. Die Diskussion über ein gemeinsames Grundsatzprogramm ist ein guter Schritt in diese Richtung und muss in der parteipolitischen Öffentlichkeit breit geführt werden. Die vorliegende Analyse möchte einen inhaltlichen Beitrag zu dieser Debatte liefern.



Abkürzungen

- BSP:** Balgärska Socialističeska Partija (Bulgarische Sozialistische Partei)
- EBWE:** Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung
- EGKS:** Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
- EIB:** Europäische Investitionsbank
- GSVP:** Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik
- EZB:** Europäische Zentralbank
- FSF:** Forum für Finanzstabilität
- GAP:** Gemeinsame Agrarpolitik
- ILO:** Internationale Arbeitsorganisation
- IWF:** Internationaler Währungsfonds
- KMU:** Kleine und Mittelständische Unternehmen
- Labour IE:** Labour Party (Irische Arbeiterpartei)
- Labour UK:** Labour Party (Arbeiterpartei im Vereinigten Königreich)
- LSAP:** Lëtzebuurger Sozialistesche Arbeiterpartei (Luxemburger Sozialistische Arbeiterpartei)
- OMK:** Offene Methode der Koordinierung
- PS:** Parti socialiste (Französische Sozialistische Partei)
- SDP:** Suomen Sosialidemokraattinen Puolue (Sozialdemokratische Partei Finnland)
- SPD:** Sozialdemokratische Partei Deutschlands
- SPE:** Sozialdemokratische Partei Europas
- SPÖ:** Sozialdemokratische Partei Österreichs
- UN:** Vereinte Nationen
- WTH:** Welthandelsorganisation



Literaturverzeichnis

Balgarska Socialističeska Partija (BSP) – Koalition für Bulgarien: *Der Mensch im Vordergrund: Neue Richtung für Europa*. Programm der bulgarischen Sozialisten zu den Europawahlen 2009.

Hacker, Björn und Maaß, Gero (2010): *Ein Grundsatzprogramm für die SPE – Baustellen, Gemeinsamkeiten und Eckpunkte aus deutscher Perspektive*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Labour Party IE (Labour IE): *Putting people, jobs and fairness at the heart of Europe*. Programm zu den Europawahlen 2009.

Labour Party UK (Labour UK): *Winning the fight for Britain's future. European Elections 2009*. Programm zu den Europawahlen 2009.

Lëtzebuenger Sozialistesche Arbechterpartei (LSAP): *De roude Fuedem*. Programm der luxemburgischen Sozialdemokraten zu den Europawahlen 2009, S. 105-113.

Party of European Socialists (2010): *Our Vision for Progressive Societies in the 21st Century – Framework document adopted by the PES Presidency on 29th April 2010*. Brüssel.

Party of European Socialists (7-8. Dezember 2009): *Resolution PES-Kongress in Prag: A New Way Forward, A Stronger PES*. Prag.

Party of European Socialists (2011): *Re:New*. <http://www.pes.org/renew> (aufgerufen im Februar 2011).

Parti Socialiste (PS): *Europa eine neue Richtung geben*. Programm zu den Europawahlen 2009.

Rasmussen, Poul Nyrup (2010): *Re:new social democracy and PES to build a renewed EU*. (Eröffnungsrede auf dem PES-Rat in Warschau am 2. Dezember 2010).

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD): *Europamanifest – Für Europa: stark und sozial!* Programm zu den Europawahlen 2009.

Sozialdemokratische Partei Europas (SPE): *SPE-Manifest – Der Mensch im Mittelpunkt: Eine neue Richtung für Europa*. Programm zu den Europawahlen 2009.

Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ): *Wahlmanifest. Wahl zum Europäischen Parlament 2009*. Programm zu den Europawahlen 2009.

Suomensosialidemokraattienpuolue (SDP): *Election Platform to the European Elections 2009*. Programm der finnischen Sozialdemokraten zu den Europawahlen 2009.



Über die Autorin

Julia Würtz ist Diplompolitologin und Pädagogin M.A.. Sie schreibt ihre Promotion im Fachbereich Bildungswissenschaften an der Universität Duisburg-Essen.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung
Internationale Politikanalyse | Abteilung Internationaler Dialog
Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Dr. Gero Maaß, Leiter Internationale Politikanalyse

Tel.: ++49-30-269-35-7745 | Fax: ++49-30-269-35-9248
www.fes.de/ipa

Bestellungen/Kontakt hier:
info.ipa@fes.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Diese Publikation wird auf Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft gedruckt.



ISBN 978-3-86872-807-1